Lagertheorien und Lagerpolitik

Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen

Dokumentation einer Veranstaltung der Reihe „Werkstatt-Gespräche“
am 3. September 2004

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG
GRÜNE AKADEMIE

Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung – Nummer 1:
Lagertheorien und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen

Hrsg. von der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, November 2004
© Heinrich-Böll-Stiftung
Alle Rechte vorbehalten
Gestaltung: SupportAgentur, Berlin
Druck: agit-druck, Berlin

Die Schreibweise entspricht den Regeln der neuen Rechtschreibung gemäß den Empfehlungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel. 030-285 340, Fax: 030-285 341 09, E-mail: info@boell.de, Internet: www.boell.de

Inhalt

Vorwort 5

I. Strukturwandel von Gesellschaft und Parteien

Heiko Geiling: Milieus und politische Lager im gesellschaftlichen Wandel 9

Rita Müller-Hilmer: Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern . . . 14

Diskussion 22

II. Lagerkonstellationen und Bündnispolitik

Hubert Kleinert: Bereicherung der politischen Kultur durch Schwarz-Grün? . . 29

Peter Siller: Optionen brauchen Standpunkte 35

Ralf Fücks: Differenzen und Konvergenzen 38

Diskussion 39

Anhang

Heiko Geiling: Soziale Milieus, politische Lager und Wahlverhalten 45

Peter Siller u. a.: Links Neu.
Grün als Orientierungsfarbe einer erneuerten Linken 53

Autorinnen und Autoren 72

Vorwort

Mit der vorliegenden Publikation eröffnet die Grüne Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung eine eigene Veröffentlichungsreihe, in der sie ihre Diskussionsveranstaltungen, Tagungen und Konferenzen dokumentiert.

Die Grüne Akademie ist ein Netzwerk von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie an Theorie interessierten Politikerinnen und Politikern, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, grundlegende gesellschaftliche Fragen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik zu bearbeiten. Gemeinsam sind ihnen ihre Themenkompetenz, die Nähe zu grüner Politik und die Verbindungen zu Wissenschaft, Politik und Bildungsinstitutionen. Die Akademie besteht aus rund 60 ehrenamtlichen Mitgliedern, die gemeinsam mit dem Vorstand der Grünen Akademie deren inhaltliches Profil sowie die Gestaltung ihrer Themenschwerpunkte festlegen.

Eine kontinuierliche Veranstaltungsreihe bilden die sogenannten „Werkstatt-Gespräche". In ihnen ermöglicht die Akademie alle zwei Monate einen Dialog zwischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik zu aktuellen politischen Themen. Zu den Aufgaben der Grünen Akademie gehört auch Politikberatung in Form von Diskussionsangeboten zu konzeptionellen und strategischen Fragestellungen, die für die Weiterentwicklung grüner Politik von Belang sein könnten. Das Werkstatt-Gespräch, das hier dokumentiert wird, fand am 3. September 2004 auf der Galerie der Böll-Stiftung in Berlin statt und stand unter dem Titel „Lagertheorien und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen". Es geht hier vorrangig darum, die Veränderungen in der Gesellschaft zu verstehen, die möglicherweise dazu führen, dass die politischen Lagerbildungen erodieren. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten und auch welche Notwendigkeiten neuer politischer Allianzbildungen daraus entstehen könnten – auch jenseits der Ebene der Parteien.

Der erste Teil der Dokumentation fragt nach dem Strukturwandel in Gesellschaft und Parteien. Hier geht es zunächst einmal um die empirischen Befunde: wie sich die sozialen und Kulturellen Milieus in Deutschland verändern und welche Konsequenzen das für das Wahlverhalten und die Strukturen der Parteien hat. Welcher Zusammenhang besteht zwischen sozialer und kultureller Verortung, politischer Werthaltung und Wahlentscheidungen? Wird nach Nutzenkalkülen gewählt? Sind die Grünen Gewinner und Nutznießer einer Entwicklung, in der sich politische Zuordnungen öffnen? Die Eingangsreferate stammen von Heiko Geiling, Professor am Institut für politische Wissenschaft in Hannover und Mitherausgeber des aufschlussreichen Buches „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel", und von Rita Müller-Hilmer, Umfrageforscherin und Leiterin des Berliner Büros von Infra-Test Sozialforschung.

Der zweite Teil fragt konkret nach den parteipolitischen Bündnisoptionen und -empfehlungen vor dem Hintergrund der veränderten Lagerkonstellation. Was bedeutet dies für grüne Koalitionspolitik? Wie viel inhaltliche Gemeinsamkeit setzt eine Koalition voraus? Wie prägend ist das Rechts-Links-Schema noch in unserem politischen Wirkungskreis? Hubert Kleinert, Professor an der Verwaltungshoch-

schule in Wiesbaden, sieht in seiner politischen Generation ein Bedürfnis nach „Aussöhnung mit den Konservativen" und in schwarz-grünen Koalitionen eine Bereicherung der politischen Kultur. Peter Siller, Mitglied des Planungsstabs im Auswärtigen Amt und geschäftsführender Vorsitzender der Grünen Grundsatzkommission, warnt dagegen vor Illusionen über die normativen Gemeinsamkeiten von Grünen und Konservativen und plädiert für eine nüchterne Beantwortung der Koalitionsfrage am Maßstab eigener politischer Ansprüche. Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, zeigt Konvergenzen und Differenzen mit der Union auf.

Der Anhang dokumentiert Texte, die sich mit der Lagerpositionierung der Grünen befassen.

Wir hoffen, mit dieser und den folgenden Publikationen den Ertrag der Grünen Akademie einem breiteren Publikum zugänglich machen zu können. Wir hoffen ebenso auf Impulse für die Wissenschaft wie für die politische Praxis. Und wir hoffen zudem, Ihr Interesse für die Akademie wecken zu können.

Berlin, im November 2004

Prof. Dr. Simone Dietz, Vorstand der Grünen Akademie
Peter Siller, Vorstand der Grünen Akademie
Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung
Dr. Anne Ulrich, Koordinatorin der Grünen Akademie

I. Strukturwandel von Gesellschaft und Parteien

Milieus und politische Lager im gesellschaftlichen Wandel

von Heiko Geiling

In Hannover existiert seit etwa 16 Jahren ein Forschungszusammenhang, der von Michael Vester und Peter von Oertzen mitbegründet worden ist und der unter dem Stichwort „Milieuforschung“ eine neue Form der „Klassenanalyse“ entwickelt hat. Wir beschäftigen uns dort mit politischer Soziologie, also im weitesten Sinne mit Fragen der Macht und Herrschaft, aber auch mit Wahlanalysen. Im Folgenden werde ich mich dem Thema „Soziale Milieus, gesellschaftlich-politische Lager und Wahlverhalten“ auf der Grundlage dieses Ansatzes zuwenden.

Es gibt kaum ein schwierigeres Verhältnis als das von Parteien und Wählern. Parteien kann man als mehr oder minder dauerhafte Koalitionen zwischen Parteieliten und ihren Organisationsstrukturen verstehen, die selbst schon sehr komplex sind. Noch viel komplexer ist allerdings ihr Verhältnis zum Wahlvolk – insbesondere in einer Situation, in der ständig nahegelegt wird, es gebe immer mehr Wechselwähler, die Leute folgten aktuellen Stimmungen, Umfragen oder Schlagzeilen oder träfen ihre Wahlentscheidung nach taktischem oder ökonomischem Kalkül. Diese Beschreibung scheint mir aber nicht zutreffend zu sein.

Werfen wir einen vergleichenden Blick auf die USA: Peter Lösche hat jüngst einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er darstellt, wie die Vereinigten Staaten ganz klar zwischen Demokraten und Republikanern gespalten sind, und das nicht erst seit der Bush-Administration, sondern schon seit jeher. Eine ähnliche These möchte ich hier vertreten: Wahlentscheidungen sind letzten Endes abhängig von den in den alltäglichen Lebenszusammenhängen der Menschen entwickelten Meinungen und Deutungsmustern, während Umfrageergebnisse und Stimmungen häufig nichts anderes als die Bestätigung von Schlagzeilen und von Talk-Show-Erlebnissen sind.

In diesem Zusammenhang will ich an einige Wahlergebnisse der letzten Jahre auf Landes- und auf kommunaler Ebene erinnern. Hier sind vier Punkte zu nennen:

Erstens verzeichnet insbesondere die SPD dramatische Verluste in ihrer Stammwählerschaft, die immer noch aus qualifizierten Arbeitern, Arbeitnehmern, Facharbeitern und Angestellten besteht, die inzwischen in der Regel mit Wahlenthaltung reagieren.

Zweitens wählen gerade in sozial unterprivilegierten Stadtteilen mit ohnehin immer schon geringer Wahlbeteiligung ehemalige SPD-Wähler in zunehmendem Maße CDU. Ihr Motto könnte lauten: Wenn die bisher Stärkeren ihren Pflichten nicht nachkommen, dann wird der aktuell als stärker Wahrgenommene gewählt. Dabei handelt es sich um sozial Unterprivilegierte, die auch in ihrem Lebensalltag Anlehnungsstrategien verfolgen und die durch diese Strategie der Anlehnung an die vermeintlich Stärkeren zur CDU hingeführt werden.

Drittens sind spätestens bei der letzten Wahl gutsituierte Arbeitnehmer in eher konservativen Hochburgen in einzelnen Stadtgebieten, die 1998 aus Frust über die Kohl-Regierung Schröder gewählt hatten, wieder zur CDU zurückgekehrt und haben damit die Hoffnung auf die neue Mitte mehr oder weniger konterkariert.

Dadurch ist insbesondere für die SPD die große Frage entstanden: Wer gehört eigentlich zur neuen Mitte?

Viertens ist die Partei der Grünen von dieser ganzen Entwicklung weitestgehend ausgenommen, weil ihre relativ kleine Stammwählerschaft von den sozioökonomischen Veränderungen letzten Endes unbetroffen geblieben ist. Insbesondere unter dem Aspekt, dass bei geringer Wahlbeteiligung kleinere Parteien ohnehin profitieren, ist deshalb zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten.

Vor dem Hintergrund dieser einzelnen Phänomene könnte man zusammenfassend sagen: Die großen Volksparteien – das betrifft SPD und CDU – haben sich von den Gerechtigkeitsvorstellungen ihrer Klientel ziemlich weit abgelöst. Die Parteieliten haben sich von den sozialen Milieus und den darüber angesiedelten politischen Lagern ihrer Wählerschaft entfernt, in denen sich immer auch spezifische Gerechtigkeitsvorstellungen ausprägen und entwickeln.

Das auch heute zentrale Thema der Gerechtigkeit wird häufig mit programmatischen Standpunkten und relativ abstrakten philosophischen Konzepten verbunden, während unsere Milieuuntersuchungen zeigen, dass sich Gerechtigkeitsvorstellungen je spezifisch abhängig vom sozialen Ort, an dem sich Menschen bewegen, entwickeln. Im Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm wird Gerechtigkeit als „das richtige Verhältnis“ bestimmt. Sich gerecht zu verhalten heißt: „Jedem das ihm Gebührende zuteilen.“ Auf den Alltag bezogen bedeutet dies, dass Gerechtigkeit immer einen Kompromiss zwischen den je nach sozialem Ort variierenden Gerechtigkeitsvorstellungen darstellt.

Wir können immer noch davon ausgehen, dass es in unserer Gesellschaft eine Dreiteilung gibt, die, wenn man sich Gesellschaft räumlich vorstellt, zunächst auf der vertikalen Achse angesiedelt ist, die man als Herrschaftsachse bezeichnen kann. Es gibt führende gesellschaftliche Milieus bzw. Elite-Milieus, die sich über die Ressourcen Bildung, Macht und Besitz rekrutieren. Des weiteren existieren große mittlere Milieus, die sogenannten Volksmilieus, die etwa aus Arbeitern und Angestellten bestehen. Diese soziale Teilung wird auch durch die gängigen Thesen von Wertewandel und Postmaterialismus nicht aufgelöst.

Am unteren Ende der vertikalen Achse, finden wir die „Linie der Respektabilität“. Über Respektabilität grenzen sich die sogenannten mittleren Milieus von den sozial Unterprivilegierten ab. Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre lässt sich dann am besten fassen, wenn man zwischen diesen drei gesellschaftlichen Gruppen auch auf der horizontalen Achse zu differenzieren versucht.

Auf dieser Achse wird abgebildet, dass sich über Lebensstile und kulturelle Auffassungen, aber auch über Bildung eine Differenzierung ergibt, die im Umgang mit Autoritäten und Hierarchien einen entscheidenden Indikator hat. Die Gruppen, die wir hier auf der „rechten Seite“ einordnen können, denken und leben noch immer stark in hierarchischen Strukturen, während sich auf der „linken Seite“ die gesellschaftlichen Gruppen bewegen, die an Autonomie und Selbstbestimmung sowie an Partizipation und mehr Demokratie interessiert sind.

In der so genannten „Oberklasse“ lassen sich Elitemilieus wie Besitzbürgertum, Bildungsbürgertum und historisch spezifische Avantgardegruppen unterscheiden.

In den mittleren Volksklassen gibt es eine kleinbürgerliche Traditionslinie. Zu ihr gehören diejenigen Gruppen, die an der insbesondere über Bildung motivierten gesellschaftlichen Modernisierung kaum teilgenommen haben. Daneben existiert

eine Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz, die sich in den letzten dreißig Jahren sehr stark modernisiert hat. Und es gibt eine jugendlich-kulturelle Avantgarde als altersspezifisch bedingte Gruppierung, deren Mitglieder in der Milieuforschung auch als „Hedonisten" bezeichnet werden, die in ihren Lebensstilen, Deutungen und Mentalitäten über die Zeit aber aus der Gruppe herauswachsen. Nach wie vor existieren auch unterprivilegierte Gruppen, die gering qualifiziert sind, über in jeder Beziehung geringe Ressourcen verfügen und sich politisch an vermeintlich Mächtige anzulehnen suchen.

In dieses Schema haben wir entlang der Herrschafts- und der Modernisierungs- oder Differenzierungsachse die sozialen Milieus eingeordnet. Die einzelnen Milieus sind Ausdruck charakteristischer Lebenszusammenhänge und Mentalitäten, sie stellen alltägliche Deutungsmuster bereit und bestimmen zum Teil die Nähe und Distanz zu bestimmten Parteien und ihren Darstellungsformen auf der symbolisch-politischen Ebene.

Wenn von der Modernisierung oder Umstrukturierung sozialer Milieus gesprochen wird, kann man eine Entwicklung von rechts nach links feststellen, also eine Differenzierung insbesondere in der Mitte, die sich auch generationsspezifisch verstehen lässt: Die Wiederaufbaugeneration des traditionellen Arbeitermilieus entlässt ihre Kinder in das sogenannte leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu, und deren Kinder wiederum finden sich durchaus im modernen Arbeitnehmermilieu wieder. Im Grunde kann man also eine Generationsabfolge konstatieren, die auch Ausdruck der Sozialstrukturentwicklung seit den 50er Jahren ist.

Einem spezifischen sozialen Milieu lässt sich ein bestimmter „Habitus", also eine bestimmte Mentalität, zuordnen. Theodor Geiger, ein Soziologe aus der Weimarer Republik, hat die Mentalität als Haut bestimmt, die man nicht täglich wechseln kann, aus der man häufig sogar nicht heraus kann. Sie erneuert sich nur über sehr lange Zeiträume. Im Gegensatz dazu kann man Ideologie als einen Mantel verstehen, den man täglich wechseln kann. Ideologien oder vordergründige politische Auffassungen lassen sich durchaus wechseln. Mentalitäten, also Grundannahmen darüber, was falsch und was richtig ist, sind hingegen lang anhaltende, über das Leben einzelner Individuen hinweg wirksame Grundmuster, die trotz Modernisierungserfahrungen nicht ohne weiteres veränderbar sind.

Das von mir vorgestellte Schema wurde auf der Grundlage der Analyse von Mentalitäten entwickelt. Für unsere Untersuchungen ist es deshalb zentral, die Mentalität der jeweiligen Gruppe zu erfragen und zu identifizieren. Das ist nur durch aufwändige qualitative Sozialforschung und nicht durch das Stellen der „Sonntagsfrage" zu leisten. Die politische Wahlentscheidung lässt sich jedoch nicht allein aus der Milieuzugehörigkeit ableiten. Im Unterschied zu den spezifischen Mentalitäten sozialer Milieus sind „politische Lager", das „gesellschaftliche politische Bewusstsein" oder Gesellschaftsbilder immer auch über Milieugrenzen hinaus wirksam.

Aus der Geschichte der sozialen Bewegungen wissen wir, dass deren soziale und politische Wirksamkeit in der Regel durch Koalitionen unterschiedlicher sozialer Gruppen ermöglicht worden sind. Dabei handelt es sich meist um Koalitionen von vermeintlich Schwächeren mit vermeintlich Stärkeren, die erst im Zusammenspiel, in der Kooperation Erfolge im politischen Machtkampf erringen können. Diese Koalitionen reichen über die unmittelbaren Befindlichkeiten und die jeweiligen Alltagssituationen hinaus und müssen immer wieder neu hergestellt werden. Hier

erinnern wir uns an die alten Diskussionen über die Ausprägung des Klassenbewusstseins in der Arbeiterschaft, in denen häufig ausgeblendet worden ist, dass politische Entscheidungen immer einer anderen Logik folgen als die Entscheidungen, die man im Alltag bzw. in seinem Milieu zu treffen hat.

In unserer Gesellschaft können wir verschiedene gesellschaftliche politische Lager unterscheiden und identifizieren, die über die vorhin gezeichneten Milieugrenzen hinausreichen. Es gibt ein radikaldemokratisches Lager, das sich insbesondere der Partei der Grünen zurechnen lässt und etwa 10 bis 11 Prozent ausmacht. Dabei handelt es sich im wesentlichen um eine Positionierung des „Elitemilieus", das auch als „postmaterialistisches Milieu" bezeichnet wird, in dem Fragen der Bürgerrechte und der Ökologie von größerer Bedeutung sind als die traditionelle soziale Frage.

Diese Gruppen unterscheiden sich deutlich vom sogenannten „sozialintegrativen Lager", das in den 90er Jahren das rot-grüne Lager darstellte. Neben Partizipation und Demokratie steht hier vor allem die soziale Sensibilität im Mittelpunkt. Des weiteren existiert ein skeptisch distanziertes Lager, das oft gewerkschaftlich organisiert ist und in der Distanz zu den Gruppierungen „hier oben" schon anzeigt, dass in der gesellschaftlich-politischen Diskussion primär auf die soziale Frage gesetzt wird. Davon wiederum lässt sich ein eher traditionell an hierarchischen Strukturen orientiertes gesellschaftlich-politisches Lager unterscheiden: das traditionell konservative Milieu.

In jedem dieser gesellschaftlich-politischen Lager haben sich nun bestimmte Auffassungen über Gerechtigkeit entwickelt, die mit Ausnahme der beiden oberen Lager sehr stark an einer sozialstaatlichen Grundlinie orientiert sind.

In der Geschichte der Bundesrepublik lassen sich dabei zwei wesentliche Ereignisse und Phänomene nennen. Zum einen der historische Kompromiss, in dem sich Gerechtigkeit entwickelt: Leistung gegen Teilhabe. Wie Ralf Dahrendorf gezeigt hat, resultiert dabei aus dem „institutionalisierten Klassenkampf" eine sozialstaatliche Verfassung: von der Mitbestimmung bis hin zur Dynamisierung der Rente, zu Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. Zum anderen existiert das Ende der 60er Jahre entstehende Modell, dem Willy Brandt den Titel „Mehr Demokratie wagen" gegeben hat, und das auf eine Modernisierung, die stärker in Richtung Partizipation und Selbstbestimmung geht, abzielt. Diese beiden Momente scheinen mir in den genannten Milieus gleichermaßen aufgehoben zu sein: Im sozial-integrativen Lager die Idee der Autonomie und der Partizipation und in den beiden anderen Lagern die soziale Frage und die Bürgerrechte. Das radikaldemokratische und das traditionell konservative Lager stellen Elitemilieus dar, die an Selbstbestimmung in einem ganz bestimmten Sinn orientiert sind; hingegen überwiegen in der Mitte der Gesellschaft Solidaritätsmodelle. Diese können auch eine relativ konservative Ausprägung annehmen, in der jeder den Platz einnimmt, der ihm zugewiesen wird, aber doch mit relativer sozialer Sicherheit rechnen kann. Im sozialintegrativen Lager hingegen überwiegt ein progressiv-solidarisches Gesellschaftsmodell. Und im skeptisch-distanzierten Lager der Kindergeneration des traditionellen Arbeitermilieus besteht nach dem Muster der Gegenseitigkeit die Meinung, dass die Leute, die sich anstrengen, auch entsprechend belohnt werden müssen, und dass, wer etwa aufgrund von Krankheit dazu nicht in der Lage ist, auch weiterhin unterstützt werden muss. Allein in sozial unterprivilegierten Milieus gibt es ein populistisches Anspruchs-

modell, und die Akteure lehnen sich an vermeintlich gesellschaftlich Stärkere an. Der historische Kompromiss der sozialstaatlichen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist im Alltagsbewusstsein unter der Formel „Leistung gegen Teilhabe“ verankert. Die Menschen sind in der Regel durchaus bereit, Solidarität und Eigenverantwortung miteinander zu verknüpfen. Der Abbau sozialer Rechte bedarf deshalb aber auch einer besonderen Legitimation. Unterbleibt eine solche Vermittlungsleistung durch die politischen Eliten, dann muss man sich über die Wahlergebnisse der letzten Zeit nicht wundern.

Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern

von Rita Müller-Hilmer

In der Farbenlehre kennt man zwei Mischungsmethoden: das Substraktionsverfahren und das additive Verfahren. Bei dem Substraktionsverfahren entsteht aus der Mischung aus Rot und Grün GELB, d.h. man sieht nur das, was beiden Farben gemeinsam ist. Grün und Schwarz lassen sich nach diesem Verfahren im eigentlichen Sinne gar nicht mischen.

Ist es in der politischen Farbenlehre auch so, dass bei Rot-Grün das Gemeinsame beider Parteien positiv zum tragen kommt und Schwarz-Grün gar nicht geht? Oder trifft eher das additive Verfahren zu, nach dem Rot und Grün sich gegenseitig neutralisieren – zu Schwarz im übrigen – und Schwarz und Grün zu GRÜNOLIVE wird, d.h. Grün dominiert, allerdings deutlich eingetrübt?

Was ist das ideale Mischungsverhältnis für eine Parteien-Koalition? Was hält sie zusammen? Ist es das Gemeinsame, also die soziologischen, ideologischen oder programmatischen Schnittmengen, oder ist es die Differenz? – Es ist beides!

Soziostrukturell und soziologisch haben die Grünen und die beiden Volksparteien wenig miteinander zu tun. Es gibt große Unterschiede zwischen den jeweiligen sozialen Schichten. Die Grünen werden vornehmlich von jüngeren Akademikern gewählt; die beiden Volksparteien sind überaltert, und die „einfachen Leute" sind bei ihnen überrepräsentiert.

Ideologisch stehen sich SPD und Grüne am nächsten. Das alte Lagerdenken ist auch heute noch mit Leben gefüllt – trotz konstatierbarer Annäherungen. Bei einer Einstufung der Parteien auf einer Skala von 0 = ganz links, 5 = Mitte und 10 = ganz rechts werden SPD, Grüne und PDS links von der Mitte, FDP, CDU und CSU im rechten Lager verortet. Am weitesten links rangiert die PDS, dann folgen die Grünen, danach die SPD. Die CSU gilt als am weitesten rechts, gefolgt von der CDU, die FDP ist im rechten Lager der Mitte am nächsten.

Die Bevölkerung insgesamt ebenso wie die Anhängerschaften der beiden Parteien nimmt zwischen SPD und Grünen nur eine relativ geringe Distanz wahr (unter 1 Punkt). Zwischen CDU/CSU und Grünen ist die Distanzweite mehr als doppelt so groß (deutlich über 2 Punkte).

Programmatisch und inhaltlich gibt es ähnlich starke Trennlinien zur Union. Die Themen, die den Grünen-Wählern am nächsten und für sie wahlentscheidend sind – Umweltpolitik und soziale Gerechtigkeit – haben nur für Minderheiten der CDU-Wähler eine besondere Relevanz. Die Themen, die die Wahlentscheidung von Unionswählern bestimmen – Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – spielen für Grünen-Wähler eine untergeordnete Rolle.

Zur SPD entsteht die Nähe über den hohen Stellenwert von sozialer Gerechtigkeit – auch wenn dieser Begriff von den Grünen deutlich weiter gefasst wird.

Infratest dimap

Wahlentscheidende Aspekte

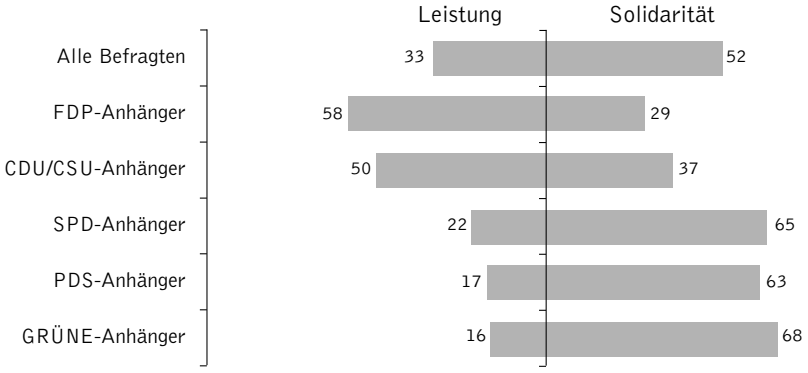
	SPD-Wähler	Grüne-Wähler	CDU/CSU-Wähler
Umweltpolitik	18	64	4
Soziale Gerechtigkeit	42	39	15
Außen- und Sicherheitspolitik	24	29	12
Ausländerpolitik	12	17	19
Wirtschaftspolitik	28	15	53
Arbeitsmarkt	24	11	42
Steuerpolitik	11	5	21
Innere Sicherheit	12	4	16

Angaben in Prozent
September 2002 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Der Gesellschaftsentwurf von Grün und Rot ist der einer solidarischen Gesellschaft. Jeder zweite Unions- und FDP-Anhänger sieht dagegen in der Leistungsgesellschaft die richtige Weichenstellung für die gesellschaftliche Entwicklung. Diese Sichtweisen prägen das Gesellschafts- und Menschenbild der beiden Lager und bilden den Hauptscheidepunkt.

Infratest dimap

Deutschland vor der Wahl
Leistung oder Solidarität



Fehlende Werte zu 100%: kann nicht beurteilen/weiß nicht/keine Angabe Angaben in Prozent
September 2002 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Aber es ist nicht nur die soziale Frage, die die Lager auf Distanz hält. Es sind auch kulturelle Unterschiede sowie die Programmatik. Die Akzeptanz oder Nichtakzeptanz von Entscheidungen der operativen Politik verläuft nach wie vor lagerkonform. Dies gilt für Entscheidungen in der Umwelt- und Energiepolitik, der Ausländerpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik, in Bezug auf die bürgerlichen Freiheitsrechte, den Schutz von Minderheiten, das Verhältnis der Geschlechter, Fragen zu Religion und Kirche sowie die Einstellung zur deutschen Vergangenheit.

Große Übereinstimmung gibt es im rot-grünen Lager auch im Hinblick auf die Wertschätzung bzw. Ablehnung von Politikern und Politikerinnen der beiden Koalitionsparteien. Dagegen treffen bei den Grünen-Wählern die Politiker, die den Unionsanhängern wichtig sind – Edmund Stoiber und auch Angela Merkel – auf große Ressentiments.

TNS Infratest Sozialforschung

Wichtige politische Rolle gewünscht

Anhänger von >	SPD	Grüne	CDU/CSU
Gerhard Schröder	81	48	18
Franz Müntefering	71	58	29
Peter Struck	55	61	33
Joschka Fischer	89	93	63
Renate Künast	60	83	38
Jürgen Trittin	47	63	22
Angela Merkel	39	31	80
Edmund Stoiber	25	18	76

Angaben in Prozent

Der Spiegel, Juli 2004

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Bruchstellen im Lager gibt es im Hinblick auf die Einstellung zu den Reformen. Anhänger der Grünen sind mit dem Kopf für Reformen, der Bauch bleibt bei ihnen unberührt: Aufgrund ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung haben sie die Folgen der Reformen nicht zu fürchten. In der Reformpolitik gibt es aber auch keine Übereinstimmung mit der Unionswählerschaft; denn sie lehnen die geplanten Einschnitte ebenso wie SPD-Anhänger stark ab. Mehrheitliche Zustimmung zu geplanten Maßnahmen wie der Streichung der Eigenheimzulage oder der Zusatzversicherung für Zahnersatz findet sich nur bei Grünen – und ebenfalls reformlastenneutralen FDP-Anhängern.

Reformen

Anhänger von >	SPD	Grüne	CDU/CSU
Befürworte Zusatzversicherung für Zahnersatz zur Senkung der Kassenbeiträge und Lohnnebenkosten*	45	62	40
Befürworte Streichung der Eigenheimzulage zugunsten von Investitionen in Forschung und Bildung**	38	51	31
Die Interessen der Rentner werden durch Parteien und Politiker zuwenig vertreten***	59	32	68

Angaben in Prozent

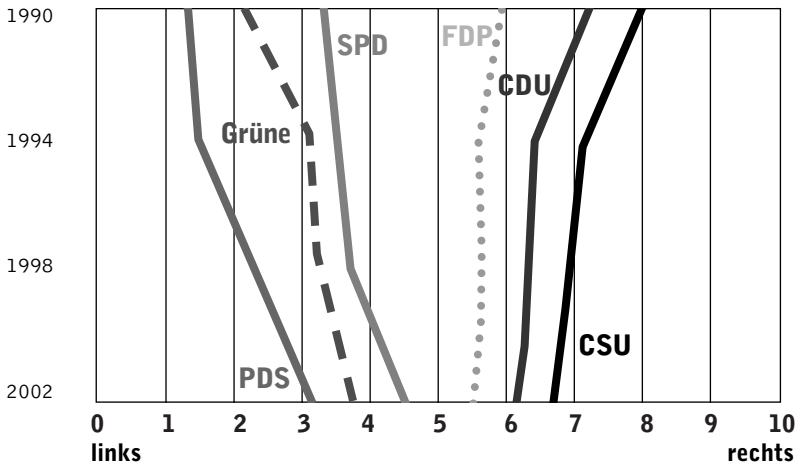
Der Spiegel, *Juli 2004, **Mai 2004, ***Januar 2004 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Aber dennoch gibt es auch Anzeichen für eine Annäherung zwischen Grün und Schwarz: In der Links-rechts-Einstufung der Parteien ist seit 1990 die Differenz zwischen der Einstufung der Grünen und der der Union von 5 auf 2,8 Punkte zusammengeschmolzen. Die Diskussion um die Möglichkeit von Schwarz-Grün war 1990 einfach undenkbar.

Infratest dimap

Parteieinstufung links/rechts

(0 = ganz links, 5 = Mitte, 10 = ganz rechts)



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Annäherungen im Wertekanon sind in zwei Punkten konstatierbar:

– Bei den Unionsanhängern im Hinblick auf Offenheit und Toleranz – für die christlich-katholische Klientel der Union wäre es lange Zeit inakzeptabel gewesen, gleichgeschlechtlichen Paaren zu ermöglichen, leibliche Kinder des Lebenspartners zu adoptieren, heute fordern dies 51 Prozent.

TNS Infratest Sozialforschung

Offenheit und Toleranz

Anhänger von >	SPD	Grüne	CDU/CSU
Auch gleichgeschlechtliche Paare sollen die Möglichkeit haben, leibliche Kinder des Lebenspartners zu adoptieren	71	87	51

Angaben in Prozent
Der Spiegel, Juli 2004 — Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

– Bei den Anhängern der Grünen im Hinblick auf Recht und Ordnung: Im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung lässt sich eine erstaunliche Rücknahme ihres liberalen Rechtsverständnisses erkennen. So hält es jeder zweite Grünen-Wähler für vertretbar, dass in Pässen biometrische Daten gespeichert werden. Und wenn Missbrauch von Freiheitsrechten unterstellt wird, spricht sich sogar jeder zweite Grünen-Wähler dafür aus, Personen wie Metin Kaplan, die in Deutschland zu Gewalt aufrufen, abzuschieben, auch wenn ihnen dadurch in ihrem Heimatland unter Umständen Verfolgung, Folter oder Tod drohen.

Freiheitsrechte/Terrorismusbekämpfung

Anhänger von >	SPD	Grüne	CDU/CSU
Personen, wie z.B. Meti Kaplan, die in Deutschland zu Gewalt aufrufen, sollten abgeschoben werden, selbst wenn ihnen dadurch in ihrem Heimatland unter Umständen Verfolgung, Folter oder sogar der Tod drohen	66	49	75

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Der Spiegel, Juli 2004

Gewöhnungsbedürftig ist auch, dass Anhänger der Grünen, die in allen Politikbereichen, also auch bei der Wirtschaftspolitik, die größte Lösungskompetenz SPD oder Grünen zuschreiben, bei der Terrorismusbekämpfung SPD und Union gleichauf, bei der Kriminalitätsbekämpfung die Union sogar vorne sehen.

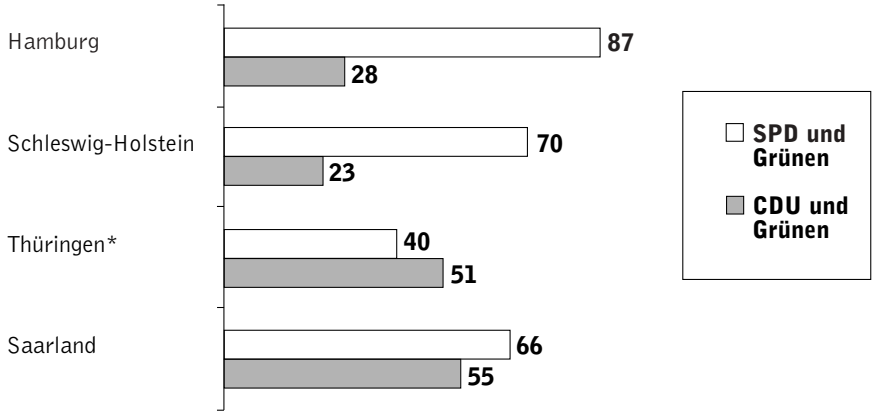
Im Hinblick auf die Akzeptanz der Politikerpersönlichkeiten der beiden Parteien erfährt Joschka Fischer auch bei Unionsanhängern große Zustimmung (63 Prozent), bei Grünen-Anhängern kommt der neue Politikertypus der Union, wie ihn Christian Wulff oder Peter Müller verkörpern, relativ gut an (42 Prozent).

Ist dies alles schon ausreichend, um erste Schritte in Richtung Schwarz-Grün zu gehen? Auf kommunaler Ebene gibt es bereits erste Gehversuche, teilweise sogar mit Erfolg. Dabei handelt es sich aber um eine andere Liga als auf Länder- oder Bundesebene.

Auf Landesebene ist ein solches Bündnis für die Wählerschaft der Union noch unvorstellbar. Bei Grünen-Anhängern zeigt sich ein ambivalenteres Bild: dezidierte Ablehnung in Hamburg oder Schleswig-Holstein, Gespaltenheit in Thüringen und im Saarland, weil eine Koalition mit der SPD keine Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung bringt und der CDU-Chef jeweils der neuen liberaleren Politikergeneration angehört.

Koalitionspräferenz der Grünen-Wähler

Eine Koalition aus ... wäre gut für das Land: Grünen-Wähler



*Rot-grüne Koalition bestehend aus SPD, PDS und Grünen 2004

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung des jeweiligen Landes

Die Machtfrage stellt sich derzeit aufgrund des Kleinerwerdens des großen Koalitionspartners auch für die Grünen auf Bundesebene: Die SPD wird wegen nicht eingehaltener Versprechen, handwerklicher und kommunikativer Fehler vom Wähler abgestraft und verliert nach allen Richtungen:

- Wähler der Mitte gehen zur Union.
- Vor allem Frauen und Personen mit einfacher Schulbildung gehen in die Wahlenthaltung.
- Eine gewisse Zeit wandten sich auch enttäuschte Arbeiter und Arbeitslose der CDU/CSU zu. Nachdem durch die konkretere Positionierung der Union klar wurde, dass auch sie die „kleinen Leute“ nicht zu schonen bereit ist, vagabundieren diese Wählergruppen derzeit weiter, diesmal in Richtung PDS und rechte Parteien.
- Besser gebildete Reformbefürworter wandern zu den Grünen ab.

Der demoskopische Zugewinn der Grünen beträgt seit der letzten Bundestagswahl mehr als 4 Punkte. So viel konnte ein kleinerer Koalitionspartner noch nie hinzugewinnen. Der Hauptstrom kommt von der SPD – vor allem Frauen, Berufstätige, besser Gebildete und besser Verdienende wandern von Rot zu Grün. Diese relative Strukturgleichheit mit der genuin grünen Wählerschaft berechtigt zu der Hoffnung, dass dauerhaft etwas hängen bleibt – allerdings nur, wenn Rot-Grün weiter besteht. Die neuen grünen Wählerschichten sind aufgrund ihrer Altersstruktur, vor allem aber aufgrund ihrer Herkunft und der Verbundenheit mit sozialdemokratischen Werten der linken Ideologie stark verhaftet. Einen Lagerwechsel werden sie nicht mitmachen.

Strukturvergleich Grünen-Wähler

	Grünen-Wähler	SPD -> Grünen-Wähler
Frauen	57	56
Abitur	74	58
14-34 Jahre	33	30
35-44 Jahre	33	26
45 Jahre und älter	33	44

2004 Angaben in Prozent

Offensiv einen Koalitionswechsel über eine ideologisch geführte Debatte zu betreiben, wäre für die Partei der Grünen (derzeit noch) lebensgefährlich: ihr würden nicht nur die hinzugewonnenen Wähler der SPD größtenteils verloren gehen, auch ihre Kern-Wählerschaft würde es auseinanderreißen.

Eine defensive Strategie könnte hingegen größere Chancen haben, wenn sich ein Koalitionswechsel rein arithmetisch aufdrängt – war doch die erste politische Sozialisationserfahrung der Grünen-Wähler mit einer Regierungsbeteiligung eine Erfolgsgeschichte. Die Erfahrung, an der Macht wichtige grüne Projekte durchsetzen zu können, provoziert den Pragmatismus der Wähler.

Am wenigsten Probleme würde den Grünen ein Lagerwechsel in den Bundesländern bereiten, wo die Oppositionsparteien zum Teil auch aus demokratiehygienischen Gründen gewählt werden – in Bayern und auch in Baden-Württemberg, wo selbst Teile der Oppositionswähler im Grunde keinen Wechsel wollen. Hier stehen Grüne und SPD derzeit auf Augenhöhe, machen die Grünen der SPD doch den Status als „wahre Oppositionspartei“ streitig. Bei einem „Schwächeln“ von CDU oder CSU könnte ein Zusammengehen mit den Konservativen weniger als Verrat der Sache und vielmehr als eine Chance betrachtet werden, eine ökonomisch als erfolgreich betrachtete Politik mit grünen und liberaleren Aspekten zu garnieren. Nur schwächelt in diesen Ländern die Union derzeit nicht.

Derzeit ergäbe nach der Farbenlehre immer noch das Substraktionsverfahren die besten Ergebnisse für die Grünen. Die Lager sind nach wie vor real und entfalten ihre Wirksamkeit. Ein Lagerwechsel könnte zwar für die Parteielite gewinnbringend sein, da dadurch Regierungsbeteiligung und weitere Programmverwirklichung ermöglicht wird. Auf der Wählerebene besteht allerdings derzeit (noch) die Gefahr größerer Verluste.

Diskussion (Auszüge)

Biggi Bender: Ich möchte gerne die Frage nach dem Entstehen einer neuen Ost-West-Spaltung aufwerfen. Es wird ja vielfach behauptet, dass die Proteste gegen die Reformen der Bundesregierung in Ostdeutschland nicht nur etwas mit den aktuellen Vorschlägen und Maßnahmen zu tun haben, sondern mit tiefer liegenden Frustschichten und Kränkungsgefühlen, die wiederum bestimmte Erwartungen spiegeln, die wahrscheinlich sehr etatistisch geprägt sind. Nun ist die Feststellung, dass im Bereich der formal Hochqualifizierten die Orientierungen an der PDS und an den Grünen nahe beieinander liegen, nicht sehr erstaunlich. Die Frage ist aber, ob es in Ostdeutschland nicht Milieus gibt, die sich den traditionellen, entlang der bundesrepublikanischen Realität entwickelten Einteilungen entziehen.

Heiko Geiling: Das typische politische Verhaltensmerkmal der sozial Unterprivilegierten, nämlich die Anlehnung an vermeintlich Stärkere und das damit verbundene Versprechen von Sicherheit, lässt sich durchaus als etatistisches Verhalten verstehen. Dabei handelt es sich aber um aus alltäglichen Verhaltenszumutungen entstandene typische Verhaltensorientierungen. Dies kommt in den Protesten in Ostdeutschland deutlich zum Ausdruck. Man sollte dieses Verhalten deshalb nicht einfach als etatistisch abqualifizieren, sondern aus den alltäglichen Erfahrungen heraus verstehen. Dabei haben sich Deutungsmuster entwickelt, die auch DDR-typisch sind, die aber im Westen in den Unterprivilegiertenmilieus ebenfalls existieren.

Ralf Fücks: Es lassen sich zwei große Achsen von Wertorientierungen, also von politischen Grundhaltungen, unterscheiden. Auf der vertikalen Achse finden wir zwischen libertären Orientierungen und autoritären Orientierungen eine signifikante und deutliche Verschiebung hin zu autoritären Orientierungen in Ostdeutschland. Auf der waagrechten Achse erkennt man zwischen einer eher marktwirtschaftlichen Orientierung und einer eher auf den Staat fixierten Gerechtigkeitsvorstellung ebenfalls eine signifikante Verschiebung im Osten in Richtung etatistischer Orientierung. Das würde auch das unterschiedliche Wahlverhalten erklären. Einer näheren Untersuchung bedürfte dabei vor allem die Frage, wie eng die Verknüpfung zwischen Grundorientierungen und Wahlverhalten bzw. Parteienbindung ist.

Teilnehmer: Kann man wirklich davon reden, dass die Bereitschaft der Wählerschaft zu flexiblem Wahlverhalten bei weitem überschätzt worden ist? Es gibt doch eine Menge empirischer Indizien dafür, dass es in der Tat eine in der Geschichte der Demokratie jedenfalls noch nicht da gewesene Volatilität gibt, also die Flexibilität und Bereitschaft, unter Umständen auch übermorgen jemanden zu wählen, den man heute noch nicht gewählt hätte.

Rudolf Speth: In einem Modell, in dem gut demokratisch unten die Werthaltungen produziert und dann nach oben transportiert werden, kommt die Herrschafts-

dimension zu kurz. Wenn man Gerechtigkeitsvorstellungen thematisiert, muss man auch die Medien mit einbeziehen. Möglicherweise hat ja ein großer Teil der Bevölkerung Gerechtigkeitsvorstellungen, die durch die Medien vermittelt werden. Die Daten von Wahlforschern zeigen im übrigen, dass es die berühmten Wechselwähler gar nicht gibt, sondern dass es auf die Mobilisierung ankommt.

Heiko Geiling: Das meinen Ausführungen zugrunde liegende Raumschema der Gesellschaft haben wir von Pierre Bourdieu und Sinus entliehen und die sozialen Milieus dort eingeordnet. Bei Bourdieu wird der soziale Raum als ein Raum der Macht und der Herrschaft verstanden, wo Machtbeziehungen und Machtmöglichkeiten abgebildet sind – allerdings in der Regel in Abhängigkeit von der jeweiligen Berufsposition. Die Befunde der Milieuforschung machen deutlich, dass die alltagsweltlichen Lebenszusammenhänge und die sozialen Milieus mit den Berufspositionen weitgehend, wenn auch nicht eins zu eins korrespondieren. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird mit Bourdieu der „Habitus", also die Mentalität, als unabhängige Variable angenommen, die für die Einordnung in ein soziales Milieu ausschlaggebend ist. Der Habitus bzw. die Mentalität als eine Art innerer Kompass, als Instanz, die alle tagtäglichen Entscheidungen beeinflusst und Geschmacksurteile prägt, ist gerade im Hinblick auf die Wahrnehmung der Politik von großer Bedeutung: wie Politiker und Politikerinnen sich geben, wie sie sprechen, wie sie sich darstellen – all das hängt mit ihrem Habitus zusammen. Aber auch die Wahrnehmung und Erfahrung von Politik ist weitgehend milieuspezifisch. Die interne oder innere Logik dieser alltagsweltlichen Lebenszusammenhänge ist nun eine andere als die der Politik, weil insbesondere in den unteren Milieus gesagt wird: „Politik ist nichts für uns, davon verstehe ich nichts, ich bin da nicht kompetent." Aber natürlich haben die Menschen dennoch bestimmte politische Vorstellungen – sie können sie bloß nicht zum Ausdruck bringen, da ihnen die entsprechende Sprache nicht zur Verfügung steht. Das Delegationsprinzip ist insofern nur die Konsequenz dieser zwischen unteren und oberen sozialen Milieus existierenden Spaltung. Es bleibt aber zugleich abhängig von Geschmacksurteilen. Wenn jemand in seiner öffentlichen Selbstdarstellung für ein bestimmtes soziales Milieu unglaubwürdig ist, dann muss das für ein anderes soziales Milieu nicht genauso sein. Es kommt jeweils auf den sozialen Standpunkt an, von dem aus diese Geschmacksurteile und Deutungsvorstellungen entwickelt werden. Das große Problem der Volksparteien ist es dann, diese jeweiligen Geschmacksvorstellungen im Spagat zu integrieren, entweder durch eine Integrationsideologie oder durch eine Integrationsperson. Man darf auch nicht vergessen, dass die Arbeiterschaft zum großen Teil immer CDU gewählt hat. Wenn jetzt größere Teile der Arbeiterschaft CDU wählen, dann zeigt das eine stärkere Mobilisierung auch unter jenen an, die sich von Wahlen enthalten haben. Das ist der Fall bei jenen sozial Unterprivilegierten, die tendenziell zu Wahlenthaltung neigen, in der aktuellen Situation aber CDU wählen. Auch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist bekannt, wie unterschiedliche Arbeitermilieus immer zusammengewirkt haben. Ob es das katholische, das protestantische oder das städtische sozialdemokratische Milieu gewesen ist, es gab immer im Alltag fundierte und reproduzierte Abgrenzungen, die auch in der Wahl der entsprechenden Parteien wirksam geworden sind.

Rita Müller-Hilmer: Die Trennlinie zwischen Solidargesellschaft und Leistungsgesellschaft ist weiterhin eine wichtige ideologische Scheidelinie, über die sich die Wähler nicht so gerne hinwegsetzen, auch wenn sie sich im realen Leben nicht immer entsprechend verhalten. In Bayern und Baden-Württemberg mag eine noch pragmatischere Haltung vorherrschen. Aber in allen anderen Ländern scheint das sehr viel Sprengstoff zu beinhalten. Es kann sein, dass etwa die Hälfte der Grünen-Wähler kein Problem mit Schwarz-Grün hätte – aber was macht die andere Hälfte? Und vor allem: Was machen die hinzugewonnenen Wähler, die man ja wahrscheinlich auch braucht? Von daher: In fünf bis zehn Jahren werden wir vielleicht Antworten auf diese Fragen haben, die wir uns heute noch nicht vorstellen können.

Teilnehmer: Wie verorten sich die Wähler selbst auf einer Links-Rechts-Skala? Spielen die Begriffe „links“ und „rechts“ in der Selbstbeschreibung noch eine so entscheidende Rolle wie früher? Die heutigen Studierenden etwa können mit den Begriffen „links“ und „rechts“ relativ wenig verbinden. Links und rechts sind auch als politische Kategorien zwar wichtig, weil ein duales Muster immer das einfachste Muster der Selbstverortung ist und eine relativ stabile Einteilung in Freund und Feind, Gegner und Anhänger erlaubt. Gerade junge Menschen scheinen mit diesen Begriffen aber in zunehmendem Maße nicht mehr sehr viel anfangen zu können.

Rita Müller-Hilmer: In Diskussionen mit 18- bis 20-Jährigen zeigt sich, dass diese mit der Einteilung in links und rechts manchmal gar nichts anfangen können. Bei den Älteren hat sie aber durchaus noch eine Relevanz. Sie ist natürlich nicht mehr so wichtig wie früher, weil es generell einen Trend zur Mitte gibt. Aber mit der Unterscheidung werden noch immer unterschiedliche Menschenbilder verbunden. Solidarität versus Leistung, soziale Marktwirtschaft versus Kapitalismus werden eindeutig mit der Einteilung in links und rechts assoziiert. Die ideologischen Kämpfe haben sich also abgeschwächt, und die Parteien werden auch nicht mehr als so weit auseinanderliegend wahrgenommen. Auf der anderen Seite scheinen die Menschen aber darunter zu leiden, dass die Parteien immer näher zusammenkommen. Sie würden es schon vorziehen, dass es klar ist, wofür eine Partei steht. Der Wähler möchte schon Unterscheidbarkeit. Wenn wir nach möglichen Koalitionen fragen, heißt die Frage übrigens immer „Was wäre gut für das Land?“ und nie „Welche Koalition wäre besser?“. Diese Frage ist aber nur aussagekräftig, wenn Wahlen anstehen.

Anne Ulrich: Es ist interessant, dass die Wähler durchaus eine stärkere programmatische Spreizung der Parteien und eine bessere Unterscheidbarkeit wünschen. Damit ist auch das Problem der Repräsentation in einem Parteienspektrum angesprochen, das sich immer mehr zur Mitte hin verengt. Eine neue Konfliktlinie könnte sich ja zwischen Risiko- und Sicherheitspräferenzen auftun, und die Frage ist, wie sich die Grünen dazu positionieren können. Es wird ja auch behauptet, dass die Linken ein Problem damit haben, das Sozialstaatsparadigma aufzugeben, was in allen europäischen Ländern faktisch passiert, und jetzt auf der Suche nach einem neuen ideologischen Rahmen sind.

Teilnehmerin: Nachhaltigkeit bzw. Langfristigkeit in der Politik stellte vielleicht früher ein relativ abstraktes akademisches Konzept dar, ist aber immer stärker in die politische Wahrnehmung gerückt – nicht zuletzt angesichts der Krise der öffentlichen Finanzen. Hier lassen sich sicher weitgehende Übereinstimmungen zwischen grünem und schwarzem Klientel finden, die sich auch auf das Verhältnis zum Staat beziehen. Wie viel Vertrauen haben die Grünen eigentlich darin, dass der Staat Lösungen produziert? Wie viel Vertrauen haben sie darin, dass auch gesellschaftliche Zusammenschlüsse oder Individuen Lösungen herbeiführen können? Diese Fragen haben bei den Wählern der Grünen an Bedeutung gewonnen.

Rebecca Harms: Die Zustimmung zu Christian Wulff unter Wählern der Grünen ist überraschend. Ich gehöre wahrscheinlich zu den Grünen, die Christian Wulff am nächsten kennen, weil wir ungefähr zehn Jahre lang um den Rang der eigentlichen Oppositionsführerschaft in Niedersachsen gerungen haben. Dort habe ich in der Zustimmung lange vor ihm rangiert. Es ist schon interessant, dass jemand, der bis zur letzten Landtagswahl in Niedersachsen bundespolitisch als der Verlierer unter den jungen Wilden in der CDU gegolten hat und der sich jetzt als Ministerpräsident eher um Unauffälligkeit bemüht, so schnell eine solche Zustimmung erlangen kann. Ist diese Zustimmung auf qualifizierte Merkmale von Christian Wulff oder seiner Politik zurückzuführen? Neben der Übereinstimmung in einzelnen Politikfeldern ist die Frage, welche Personen eigentlich Übereinstimmungen verkörpern könnten, von großer strategischer Bedeutung. Schröder hatte, bevor er Kanzler wurde, eine sehr hohe Zustimmung unter Wählern der Grünen – auch wenn davon nicht viel geblieben ist.

Hubert Kleinert: Auch das Beispiel Hessens ist instruktiv. Der hessische Ministerpräsident erzielt sensationell schlechte Persönlichkeitswerte, sogar in seiner eigenen Anhängerschaft. Gleichwohl hat unter seiner Ägide die hessische CDU ein grandioses Landtagswahlergebnis eingefahren, das jeder, der länger in Hessen wohnt, vor zehn Jahren für völlig unvorstellbar gehalten hätte. Ich kenne persönlich eine ganze Reihe von Leuten, die bei der letzten Landtagswahl CDU gewählt haben, von denen ich das früher nie für möglich gehalten hätte und die Roland Koch eigentlich nicht leiden können. Warum? Ganz einfach: Die Regierung hat wirklich 2000 Lehrer eingestellt. Rot-Grün hat immer Versprechungen gemacht und dann doch die Etats gekürzt.

Rita Müller-Hilmer: Das Interessante war ja, dass Koch überhaupt nicht beliebt war, aber von den Leuten als kompetent und engagiert wahrgenommen wurde. So eine Diskrepanz zwischen Sympathie- und Kompetenzwerten gibt es bei Politikern selten. Bei Christian Wulff ist es tatsächlich so, dass er sich, seitdem er in Regierungsverantwortung ist, zu fast allen Themen positioniert und dadurch enorm präsent ist. Zudem verkörpert er in der CDU einen neuen Politikertypus. Das kommt erst einmal ganz gut an. Er wirkt sachlicher und auch liberaler.

Heiko Geiling: Gerade in Niedersachsen muss man beachten, wer der Gegenkandidat gewesen ist. Der Gegenkandidat war mehr oder minder ein Abziehbild von Gerhard Schröder, ein Mensch, der als unzuverlässiger Kandidat wahrgenommen

worden ist, der in allen möglichen Talkshows versuchte, dort auf mehr oder weniger aktuelle Themen aufzuspringen, überall seinen kleinen Stempel draufzusetzen – vor dem Hintergrund einer ziemlich desolaten SPD-Landtagsfraktion. Und da war der CDU-Kandidat, der aus dem nordwestlichen Niedersachsen kommt – katholisch, durchaus reformorientiert, in der Tradition des sozialreformerischen Flügels der Union –, offensichtlich die zuverlässige Alternative, als die er sich jetzt auch darstellt. Wulff repräsentiert im Grunde die kulturelle Modernisierung der CDU: konziliant im Ton und in der Umgangsweise. Er steht für die modernisierten, modernbürgerlichen Milieus, die für die soziale Frage weniger sensibel sind. Genau hier gibt es die Berührungspunkte mit den Grünen, die natürlich in dem Moment, wenn sich die Koalitionsfrage stellt, auf dieses Pferd setzen und dabei wahrscheinlich viele Leute verlieren werden, für die nach wie vor die Konfliktlinie der sozialen Frage zentral ist. Koalitionen als Zweckbündnisse auf Zeit sind natürlich immer Entscheidungen der Parteieliten. Es ist dann entscheidend, wie solche Entscheidungen in den sozialen Milieus wahrgenommen und bewertet werden.

Rita Müller-Hilmer: Die Zuschreibung von Kompetenzen an Parteien wird in der Wahlforschung schon sehr lange beobachtet. Wenn sich in diesem Bereich etwas verschiebt, wirkt sich das meistens auch auf die Wahlentscheidungen aus. Lange Zeit hatte die Union die höchsten Kompetenzwerte in den Bereichen Wirtschaft und innere Sicherheit. Die SPD war lange die Partei, die in den Feldern soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarktpolitik die höchste Kompetenz zugeschrieben bekam. Da hat es in der letzten Zeit gewaltige Veränderungen gegeben. In der Arbeitsmarktpolitik spielt der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit durchaus eine Rolle. Arbeit zu haben, ist auch etwas, was sozial gerecht ist. Deshalb wurde die SPD lange stark mit der Arbeitsmarktpolitik assoziiert. Seitdem die Assoziation nicht mehr funktioniert, also der Union hier die größere Kompetenz zugeschrieben wird, sind auch die Werte der SPD bei Umfrageergebnissen und Wahlen in den Keller gerutscht. Die Zuschreibung von Kompetenzen hat einen großen Einfluss auf das individuelle Wahlverhalten.

II. Lagerkonstellationen und Bündnispolitik

Bereicherung der politischen Kultur durch Schwarz-Grün?

von Hubert Kleinert

Schwarz-Grün ist keine Schimäre, sondern mittlerweile Bestandteil der politischen Realität der Bundesrepublik Deutschland. Schwarz-Grün ist gewiss nicht vorherrschend – aber Schwarz-Grün ist inzwischen, wenn man sich die politische Landkarte der Bundesrepublik Deutschland ansieht, faktisch auch mehr als eine exotische Ausnahme. Die bekanntesten Beispiele schwarz-grüner Kooperationen sind vermutlich Kiel, Kassel und Köln. Es gibt aber auch in vielen anderen Landkreisen und mittleren und größeren Städten der Bundesrepublik die unterschiedlichsten Formen von Kooperation zwischen CDU und Grünen.

Die bloße Diskussion über eine solche Zusammenarbeit wäre vor zehn und erst recht vor fünfzehn Jahren eigentlich nicht vorstellbar gewesen. Was hat sich da eigentlich in der Zwischenzeit verändert? Wie konnte es dazu kommen, dass es schwarz-grüne Kooperationen mittlerweile gibt und dass diese vergleichsweise unaufgeregt akzeptiert werden?

Zur Beantwortung dieser Frage muss man einen kurzen Blick auf die Geschichte der Grünen, der CDU und ihres Verhältnisses zueinander werfen. Woher kommt überhaupt das schwer zu fassende Phänomen der „Lagerbildung"? Wieso haben sich Union und Grüne lange Zeit als die natürlichen Antipoden im Parteiensystem betrachtet? Hierauf lassen sich aus grüner Perspektive zwei Antworten geben.

Die erste Antwort bezieht sich auf die politische Sozialisation der grünen Gründergeneration. Es ist zwar bekannt und auch immer wieder thematisiert worden, dass die Gründung der Grünen in besonderer Weise mit einer seinerzeit von Helmut Schmidt repräsentierten Regierungs-Sozialdemokratie zu tun hatte. Das Verhältnis zur Union ist bei den Grünen in der damaligen Zeit und auch in den 80er Jahren vergleichsweise selten auch nur thematisiert worden. Das hatte aber den einfachen Grund, dass im Gegensatz zu nahezu allen Fragen grundsätzlicher Bedeutung, über die damals heftig gestritten wurde, dem Mainstream der Grünen die Antwort auf die Frage, wie man die CDU zu verorten habe, derart selbstverständlich erschien, dass man sich diese Debatte mehr oder weniger erspart hat. Es war einfach Konsens, in der Union die Verkörperung all dessen zu sehen, was man nicht wollte. So wurde in jeder Debatte über Bündnisfragen die CDU von vornherein ausgeschlossen.

Diese Einstellung hat viel mit den Denkströmungen im Umfeld der 68er-Bewegung und mit der linken Protestkultur zu tun, in der zahlreiche Allgemeinplätze zur Interpretation der Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland verbreitet waren, wobei die Union, bis Anfang der 70er Jahre sogar in Übereinstimmung mit ihrem Selbstbild, als die eigentliche Hauptverkörperung des abgelehnten Systems der Bundesrepublik Deutschland betrachtet wurde. Klar war jedenfalls: Die CDU ist der Gegner. Das war schon eine Art Freund-Feind-Verhältnis, das zumindest die 70er Jahre in der linken Protestkultur und auch die wichtigsten Exponenten der grünen Gründergeneration wesentlich prägte.

Eine spiegelbildliche Situation findet man in der Union. In den 70er Jahren verschwimmen aus konservativer Perspektive die Grenzen zwischen Protesten auf Bauplätzen von Atomkraftwerken und dem Terrorismus. Für die Union der 70er Jahre sind Leute, die demonstrieren gehen, nicht trennscharf abzugrenzen von Leuten, die eine Gefährdung der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland dar-

stellen. An jeder Ecke war gewissermaßen ein geistiger Helfershelfer des Terrorismus auszumachen.

Dieses Freund-Feind-Verhältnis findet sich also spiegelbildlich auf beiden Seiten. Was sich in der Kultur, aus der die Grünen im wesentlichen entstanden sind, herauskristallisiert, wird von der seinerzeit die Union prägenden Generation als grundlegende Infragestellung, ja Verhöhnung der deutschen Wiederaufbauleistung begriffen und muß daher massiv bekämpft werden. Den Sozialdemokraten wird dabei vorgehalten, diese Entwicklungen zu dulden und damit eine Art schleichende Erosion der tragenden Grundlagen der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie zuzulassen. Wenn man heute die 70er Jahre noch einmal in den Blick nimmt, ist es keineswegs übertrieben, von einem „Kulturkampf" zu sprechen, der in der Bundesrepublik damals die Atmosphäre bestimmt hat – und der auch nachhaltig die grüne Gründergeneration prägte.

Die Tiefe des Generationenbruchs, der in der westdeutschen Gesellschaft bis in die Protestbewegung der späten 60er Jahre zurückreicht, ist eine der wesentlichen Ursachen für die wechselseitige Wahrnehmung als natürliche Antipoden.

Der zweite wesentliche Aspekt reicht in seiner Bedeutung weit über die grünen Parteiaktivisten der frühen Zeit hinaus. Versucht man nämlich die Entstehung der Grünen vor allem aus dem gesellschaftlichen Konfliktfeld heraus zu verstehen, das in der Werteforschung der 70er Jahre als Konflikt zwischen postmaterialistischen und materialistischen Haltungen ausgemacht worden ist, dann lässt sich zeigen und empirisch auch gut untermauern, dass die CDU jener Jahre, trotz aller wertkonservativen Beiklänge des Ökologiethemas, letzten Endes ganz eindeutig auf dem materialistischen Pol auszumachen ist.

Parallel zur Gründungsphase der Grünen lässt sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft das Vordringen einer radikal libertären Werteorientierung nachweisen, die einen entscheidenden Faktor für die Entstehung des gesellschaftlichen Resonanzbodens darstellt, der die Grünen überhaupt erst möglich gemacht hat. Die andere Seite des Wertepols, wo die klassischen Pflicht- und Akzeptanzwerte dominieren, wird am ehesten durch die Unionswählerschaft besetzt. Damit ist auch gleichzeitig schon ausgesagt, dass diese polare Konstellation: Grüne hier, CDU dort, nicht nur ein Problem der Parteiaktivisten und der Parteieliten war, sondern eigentlich auch relativ fest in der Wählerschaft der frühen Jahre gewurzelt hat.

Um es etwas plastischer zu machen: Auf der einen Seite sitzt die im Wohlstand aufgewachsene Generation, für die nicht mehr Wirtschaftswachstum und innere Sicherheit die bestimmenden Faktoren sind, für die nicht mehr die Pflicht- und Akzeptanzwerte, also: Gehorsam, Fleiß, Ordnung, Wohlstand, Sicherheit und dergleichen im Zentrum stehen, sondern wo es um Selbstverwirklichung, um individuelle Entfaltung und Partizipation und kulturelle Fragen geht. Auf der anderen Seite sitzt die Generation, für die nach wie vor materialistische Wertorientierungen einschließlich des deutschen Aufbaustolzes im Mittelpunkt stehen. Die CDU war die Partei des Materialismus. Sie war die Partei der Marktwirtschaft. Sie war die Partei der Autorität, des Nationalstolzes, der Amerikafreundschaft. Die frühen Grünen vertraten in allen Punkten das genaue Gegenteil. Und wenig war bei ihnen so in Misskredit geraten wie etwa Autorität, Hierarchie und Ordnung.

Es gab demnach einen Antagonismus, der in den Wertepräferenzen der Anhängerschaften ebenso tief verwurzelt war wie in den Prägungen der jeweiligen Parteieliten. Die Union sah sich als Verfechterin einer anständigen deutschen Bürgerlichkeit, die deutschen Aufbaufleiß gegen die vermeintlich verqueren Weltbilder der

Jungen zu verteidigen hatte. Entsprechend waren die Grünen aus Sicht der Union eine gefährliche Abirrung vom Zeitgeist. Einige Beispiele: Rupert Scholz war 1982 der Meinung, man müsse die Grünen verbieten, da sie eine verfassungsfeindliche Partei seien. Der Herr ist ja später Verteidigungsminister geworden. Im Jahr 1985 ist unter der Herausgeberschaft des späteren Innenministers Rudolf Seiters eine Broschüre aufgelegt worden, in der der Versuch unternommen wurde, die Grünen als eine Gruppierung zu entlarven, die sich zum Ziel gesetzt habe, Staats- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu ruinieren.

Es ist offenkundig, dass es seither zu erheblichen Veränderungen gekommen ist. Nehmen wir die Wende 1989/90 als Einschnitt. Bis dahin war die Hermetik der beiderseitigen Abgrenzung eindeutig bestimmend für ein Verhältnis gewissermaßen natürlicher Antipoden. Gegenüber dieser Zeit haben sich Grüne und CDU ganz erheblich verändert – wie auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Zunächst: Was hat sich bei den Grünen verändert? Verallgemeinernd – und aus einer Außenperspektive – lässt sich sagen: Die grüne Gründergeneration ist wie ihr gesellschaftliches Umfeld deutlich pragmatischer und sozial und kulturell etablierter geworden. Die Grünen als Partei und auch ein Großteil ihrer älteren Anhänger sind, soziologisch gesprochen, vom Rand in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Sie haben sich mitten in der Gesellschaft etabliert. So repräsentieren die Grünen heute viel eher ein linksbürgerlich etabliertes Bürgertum, in dem sich eine besondere Betonung ökologischer, liberaler und sozialer Werthaltungen findet, in dem aber auch die Realitäten des Erwerbslebens eine deutlich größere Rolle spielen, als das etwa bei den Grünen der 80er Jahre noch der Fall war.

Die zweite wesentliche Veränderung liegt da, wo sich die Partei selbst sehr viel stärker als Machterwerbs- und Gestaltungspartei sieht als früher. Unübersehbar hat eine Entwicklung von der Gesinnungspartei zur Machterwerbspartei im normalen parteipolitischen Wettbewerb stattgefunden. Entsprechend spielen Machterwerbsstrategien für das Denken insbesondere der Parteieliten eine viel größere Rolle als in der Frühzeit der Grünen. Zunehmend misst man Erfolg oder Misserfolg der eigenen politischen Praxis vor allem an dem Erfolg von Machterwerbsstrategien und an Wahlprozenten.

Drittens findet sich unter den Jüngeren bei den Grünen das kulturell verankerte Feindbild gegenüber der Union nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr so stark, wie das für die Gründergeneration charakteristisch war. Bei den Jüngeren findet sich zudem eine unbefangenere, eher antiideologische Erfolgsorientierung, die Politik als erfolgreiches Machertum auch in einem ganz individuellen Karrieresinn versteht und die daher mit ideologischen Überfrachtungen eher Probleme hat.

Das ist insoweit auch folgenreich, als bei vielen, wenn auch nicht bei allen jüngeren Grünen eher eine gewisse Geistesverwandtschaft mit den Jüngeren bei der Union gesehen wird als mit den Sozialdemokraten, die offenbar immer noch zu viel ideologisches Gepäck auf ihrem Weg mittragen.

Bei den ostdeutschen Grünen gibt es viertens dieses kulturell tief verwurzelte Feindbild schon deshalb nicht, weil sie die Nach-68er-Erfahrungen der westdeutschen Gesellschaft nicht gemacht haben.

Fünftens haben die Grünen auf breiter Front auch programmatisch die Marktwirtschaft entdeckt. Zwar würden auch heute Grüne wirtschaftliche Freiheit kaum ohne Vorbehalt als Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich bezeichnen, aber faktisch kommt das, was zumindest die grünen Eliten an politischen Konzepten vertreten, genau in diesem Satz zum Ausdruck, den auch

viele Politiker anderer Parteien unterschreiben könnten. Zugleich findet sich bei den Grünen ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber staatlicher Allzuständigkeit. Diese Überschneidung mit Haltungen, die man auch in der Union findet, gab es im Kern freilich schon länger.

Was aber hat sich in der CDU verändert? Die heutige CDU-Führung schleppt nicht mehr das Gepäck des Kulturkampfes der 70er Jahre in ihr Verhältnis mit den Grünen. Stattdessen wird die jüngere CDU häufig von Personen repräsentiert, die zwar an den Hochschulen der 70er Jahre auf der anderen Seite standen, denen aber das Milieu und die Argumentationslinien, mit denen sie es bei den Grünen zu tun haben, weitgehend vertraut sind. Kulturelle und habituelle Distanzen sind deutlich geringer geworden. Das ist ganz anders als mit der Vorgängergeneration, mit der man es in den 80er Jahren noch zu tun hatte. Die jungen CDUler sind auch in ihren Werthaltungen sehr viel offener geworden. Die gesellschaftliche Libertinage hat vor der CDU nicht Halt gemacht, was man beispielhaft schon daran erkennen kann, dass es heute einen CDU-Ministerpräsidenten gibt, der mehr oder weniger bekennender Schwuler ist, was früher völlig unvorstellbar gewesen wäre. Auch in der Frauenpolitik hat sich die CDU ganz offenkundig verändert. Kein Zweifel, dass der Wertewandel auch die CDU erfasst hat. Und ob die SPD mehr Ökologie aufzubieten hat als die Union, kann man auch bezweifeln.

Erstaunlich gering sind, lässt man sich vom Schlachtenlärm des politischen Alltagsgeschäfts nicht täuschen, mittlerweile auch die konzeptionellen Differenzen. In den meisten Politikfeldern finden sich eher graduelle, kaum dagegen fundamentale Gegensätze.

Diese Veränderungen finden ihre Entsprechung sehr wohl in den Ergebnissen der Werteforschung und der Umfragen. Die scharfen Konfliktlinien zwischen Materialismus und Postmaterialismus existieren so nicht mehr oder haben sich doch stark abgeschliffen. Dadurch werden alle möglichen Kombinationen denkbar: Der Materialist, der die CDU wählt, und der Postmaterialist, der die Grünen wählt, sind längst nicht mehr selbstverständlich. Es gibt auch Menschen, die die Grünen wählen und zugleich sehr wohl am Geldverdienen interessiert sind. Andererseits lassen sich Einflüsse des Postmaterialismus auch in der CDU-Wählerschaft erkennen.

Soweit man überhaupt noch von einem rot-grünen Lager sprechen kann, wird das heute am ehesten von kulturellen Symbolen und den sogenannten weichen Themen zusammengehalten. Das kann man sehr gut an den Ergebnissen Stoibers bei den jüngeren Frauen außerhalb Bayerns bei der letzten Bundestagswahl ablesen. Wenn man diese Resultate kontrastiert mit den Ergebnissen, die die SPD bei den Leuten erzielt hat, die überproportional mit den harten Realitäten des Erwerbslebens konfrontiert sind, kriegt man einen Blick für die Veränderungen, die sich abgespielt haben. Sicher hat es immer schon Arbeiter gegeben, die die CDU gewählt haben. Es gibt in Deutschland ja auch eine katholische Arbeiterbewegung mit Wurzeln, die auf das 19. Jahrhundert zurückgehen. In dieser Wählerschaft aber haben sich zuletzt offenkundig erhebliche Veränderungen abgespielt. Bei der Bundestagswahl 1972 haben bei einer Wahlbeteiligung von 91 Prozent – also bei einer sehr niedrigen Mobilisierungsreserve – 28 Prozent der Arbeiter die CDU gewählt. Bei der letzten Bundestagswahl haben in Westdeutschland 46 Prozent der Arbeiter die CDU gewählt. Diesen Unterschied kann man nicht einfach mit erfolgreicher oder weniger erfolgreicher Mobilisierung erklären. Hier handelt es sich vielmehr um strukturelle Verschiebungen.

Ein letzter Punkt muß angesprochen werden, der für die Attraktivität schwarz-grüner Bündnisse erhebliche Bedeutung zu habe scheint: die SPD. Wenn man mit Grünen über Koalitionserfahrungen mit der SPD spricht, dannwird man sehr häufig Klagelieder hören. Viele Grüne fühlen oder fühlten sich durch einen früheren oder mal in Aussicht genommenen sozialdemokratischen Koalitionspartner schlecht behandelt, übervorteilt, an den Rand gedrängt. Eher selten ist von fairer Partnerschaft die Rede. Das ist derart auffällig, dass es nicht einfach mit regionalen Besonderheiten erklärt werden kann. Es scheint eine Realität, dass die größere Nähe für die politische Zusammenarbeit von SPD und Grünen nicht selten eher Handicap als Vorteil ist. Nicht selten stimmen CDUler und Grüne, insbesondere in NRW, im Beklagen sozialdemokratischer Rücksichtslosigkeit bei Machterwerb und Machtgebrauch derart überein, dass daraus offenbar zumindest gelegentlich ein eigenständiges Motiv für Schwarz-Grün geworden ist. Außerdem scheint die größere Distanz, die es zwischen Grünen und CDU gibt, in vielen Fällen eine Voraussetzung dafür zu sein, dass die Sache besser funktioniert als durch die relativ große, auch generationelle und milieubedingte Nähe zwischen den Exponenten von Rot und Grün.

Warum bedeutet Schwarz-Grün einen Gewinn für die Grünen? Zunächst profitieren die Grünen davon schon deshalb, weil sich die Zahl der denkbaren Koalitionsoptionen vergrößert. Das klingt trivial, hat aber in einer Parteien- und Wettbewerbsdemokratie gravierende Auswirkungen. Denn die zumindest theoretische Chance, auch andere Optionen als die vielleicht naheliegendste zu realisieren, gehört zu den elementaren Spielregeln der parlamentarischen Konkurrenz. Alle anderen Parteien haben diese Möglichkeit, nur die Grünen hatten sie lange Zeit nicht. Wenn sich das ändert und auch Schwarz-Grün jedenfalls nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen ist, wird sich die Position der Grünen verbessern. Diese Entwicklung ist zudem ein wichtiges Element der endgültigen Normalisierung der Grünen, die mit der Öffnung weiterer Koalitionsoptionen damit erst endgültig zum vollwertigen Bestandteil des üblichen parlamentarischen Spiels geworden sind. Das kann für die Grünen nur von Vorteil sein.

Auch für die CDU bringt diese Entwicklung Vorteile, weil sie ihre Optionen ebenfalls erweitert. Zudem profitiert die politische Kultur hiervon. Denn die Enttabuisierung von Schwarz-Grün – und darum handelt es sich ja, nicht um die aktuelle Möglichkeit einer Koalition auf Bundesebene – ist nur die folgerichtige Widerspiegelung von Entwicklungen, die in der Gesellschaft längst stattgefunden haben. Die Schärfe der kulturellen Trennlinien, die es einmal gab, ist längst geschwunden. Der durchschnittliche CDU-Wähler macht nämlich keinen großen Bogen mehr um den gewöhnlichen Grünen-Wähler. Und die politisch-programmatischen Schnittmengen mögen größer oder kleiner sein – Berührungsverbote grundsätzlicher Art rechtfertigen sie längst nicht mehr.

Damit ist offensichtlich noch nichts über die Wahrscheinlichkeit und die Risiken solcher Bündnisse jenseits der kommunalen Ebene gesagt. Dass die Fundamente der politischen Lagerbildung brüchiger geworden sind, heißt noch nicht, dass Lagerdenken keine Rolle mehr spielte. Natürlich wären mit Schwarz-Grün auf beiden Seiten politische Vermittlungsprobleme verbunden, und die prinzipielle Möglichkeit solcher Verbindungen sagt noch nichts darüber aus, ob sich auf absehbare Zeit ein hinreichende Vorrat an politischen Schnittmengen für eine funktionierende Kooperation finden ließen.

Zur Frage der politischen Vermittelbarkeit möchte ich ein historisches Beispiel bemühen: Hätte es 1966 bereits eine so umfangreiche Wahlforschung gegeben wie

heute und einen Wahlforscher, der den Herren Wehner und Brandt so verbunden gewesen wäre, wie das heute einige Wahlforscher dem Herrn Schröder sind, und wäre dieser dann ins Kanzleramt bestellt worden, als Wehner und Brandt die Frage zu entscheiden hatten, ob sie in eine Große Koalition eintreten sollten oder nicht – dann hätte dieser Wahlforscher sicherlich gesagt: Wenn Sie das machen, riskieren Sie die Spaltung der SPD. In der Tat war die Große Koalition ja seinerzeit in der SPD überhaupt nicht wohlgelitten. Die Parteispitze hat sich geweigert, einen Parteitag einzuberufen und diesen auf Frühjahr 1968 verschoben, als nichts mehr zu ändern war, und hat so gegen wütende Proteste die Große Koalition durchgesetzt. Heute steht in fast jedem Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, dass die Große Koalition, die die SPD damals dank der Kühnheit Wehners eingegangen sei, eine Voraussetzung dafür war, dass es zur sozialliberalen Machteroberung 1969 kommen konnte. Ohne Große Koalition kein Außenminister Brandt, ohne sozialdemokratische Regierungsverantwortung und Außenminister Brandt keine Chance, die Bundestagswahl 1969 zu gewinnen.

Mit diesem Beispiel möchte ich nicht zu falschen Analogieschlüssen verführen. Gewiss kann man die Grünen von heute nicht mit der SPD von damals vergleichen. Eines kann man daraus aber schon lernen: Man sollte sich in diesen heiklen politischen Fragen nicht zu viel an Umfragedaten orientieren. Letzten Endes würde gerade heute denjenigen, die politisch gewählt sind, niemand die Entscheidung abnehmen können. Und die Parteien werden auf Dauer alle daran gemessen, wie sehr sie in der Lage sind, die derzeitigen und mittelfristigen Problemlagen in der Bundesrepublik Deutschland einigermaßen zu bewältigen. Wenn die SPD sich selber wieder fangen sollte, wird sich die Schwarz-Grün-Frage vielleicht in dem einen oder anderen Land auf mittlere Sicht stellen, nicht aber im Bund – auf absehbare Zeit jedenfalls. Wenn die SPD sich aber weiter desintegriert, wird diese Frage früher oder später auch auf der Bundesebene eine Rolle spielen. Anders ausgedrückt: Wenn es den Sozialdemokraten gelingt, mit Rot-Grün den sozialpolitischen Reformbedarf in diesem Land abzuarbeiten, ohne dass das Land und die SPD überfordert werden, wird Schwarz-Grün im Bund nur für Gedankenspiele taugen. Kommt es anders, werden sich die Grünen natürlich Gedanken machen müssen, wie ihr Beitrag zu politischen Gestaltung dieses Landes in anderen Konstellationen aussehen könnte.

Eine längere Fassung dieses Beitrags findet sich unter dem Titel „Schwarz-Grün erweitert Optionen. Zur Auflösung ideologischer Tabus" in: *Politische Meinung* 413/2004.

Optionen brauchen Standpunkte

von Peter Siller

Die Debatte um die Konsequenzen der Veränderung sozialer und kultureller Milieus ist von größerer Relevanz für die praktische Politik, als es im ersten Moment scheinen mag. Sowohl die empirischen Diagnosen wie auch die normativen Einschätzungen werden in der praktischen Politik oft unterstellt, ohne sie zu explizieren, zu überprüfen und konzeptionell zu verkoppeln.

Die Daten der Wahl- und Umfrageforschung belegen, dass es nach wie vor kein Ausmaß an Volatilität gibt, das die vielbeschworene These vom „Ende" der politischen Lager und der entsprechenden politischen Leitbegriffe rechtfertigen könnte. Genau dies wird jedoch auch bei den Grünen vielfach unterstellt. Man muss sich die Zahlen zu den Wechselwählerströmen noch einmal vor Augen führen: Von der SPD kommen zu den Grünen 78 Prozent, Neuwähler 8 Prozent, Nichtwähler 4 Prozent, von der Union ganze 5 Prozent. Wenn man das nicht in eine strategische Konzeption einbezieht, macht man einen Fehler. Natürlich können die dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen – der Übergang ins postindustrielle Zeitalter, der demographische Wandel und vieles mehr – nicht ohne Konsequenzen für politische Begrifflichkeiten und Formationen bleiben. Eine moderne, demokratische und freiheitsorientierte Linke ist heute mit einer völlig anderen Situation konfrontiert als vor zwanzig Jahren. Darauf muss sie konzeptionell und strategisch reagieren. Programmatisch sind Parteinahme für die Schwachen, erweiterte Gerechtigkeit, Teilhabe an Arbeit und Bildung, Selbstbestimmung, gerechte Globalisierung, Generationengerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit die entscheidenden Stichpunkte. Strategisch geht es darum, neu entstandene soziale und kulturelle Milieus zu adressieren und eine neue politische Generation vom eigenen Programm zu überzeugen und dafür zu gewinnen. Aber heißt das, dass man den politischen Kompass über Bord werfen sollte? Mit Sicherheit nicht. Die normativen Unterschiede in der Politik sind nach wie vor groß. Und dafür braucht es Begrifflichkeiten und Formationen. Davon lebt im übrigen auch die Demokratie. Eine Politik, die wichtige Unterschiede verwischt und sich vermeintlichen Sachzwängen unterwirft, gefährdet deshalb zugleich die Demokratie, da sie den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermitteln kann, warum es wichtig ist, sich einzumischen.

Die – auf Bundesebene alles andere als aktuelle – Frage schwarz-grüner Bündnisoptionen hat aus meiner Sicht relativ wenig mit der Debatte darüber zu tun, wie sich die inhaltlichen Formationen und Lager sortieren. Das mag im ersten Moment verwundern, aber wenn wir Koalitionen nicht als Blutsbrüderschaften begreifen, sondern einen relativ nüchternen Blick auf sie haben, kann es Mehrheitskonstellationen geben, in denen gute Argumente für eine Koalition mit einer programmatisch deutlich unterschiedlichen Partei sprechen. In einer solchen Situation ist es von Vorteil, wenn das eigene Programm und die programmatischen Unterschiede deutlich formuliert werden. Es wäre viel schwerer, sich eine schwarz-grüne Koalition vorzustellen auf der Grundlage der Hypothese: „Eigentlich sind wir uns ja ganz nahe", als wenn man sagt: „Ihr habt euren Standpunkt, der ist programmatisch klar. Wir haben unseren, der ist auch programmatisch klar. Auf dieser Geschäftsgrundlage schauen wir mal, was unterm Strich rauskommt." Man sollte diese Koalitionsfrage nicht in Abstraktion von politischen Standpunkten aus rein milieu- und machttaktischen Argumenten inszenieren. Deswegen ist auch die Rede von der „Enttabuisie-

rung“ verfehlt. Da ist die politische Realität wieder einmal weiter: Selbst Gregor Gysi sagte kürzlich, es könne nicht sein, dass die SPD im Osten als drittstärkste Partei den Ausschlag gibt, welche Koalition zu Stande kommt; deshalb sei die PDS gut beraten, aus machtstrategischen Gründen auch die rot-schwarze Option mit einzubeziehen.

Für den Blick auf die Veränderung von politischen Lagern und Milieus eignen sich mindestens zwei Perspektiven. Die eine besteht darin, dass man den sozialen und kulturellen Wandel und seine Konsequenzen für die Politik empirisch betrachtet und analysiert. Aber von der zweiten – darauf aufbauenden – Perspektive versucht man zu verstehen, wie man mit diesem Milieuwandel umgehen will, wie man sich also dazu verhält. Aus der Feststellung „Die Grünen sind die avantgardistischen, gebildeten Besserverdienenden“ eine Strategie abzuleiten, die sich normativ genau an dieses Milieu wendet, wäre verfehlt. Damit würde man das genaue Gegenteil von dem erreichen, was die Grünen die ganze Zeit zu Recht für sich reklamieren, nämlich für die Schwachen, also die ganz unten Partei zu ergreifen. Eine moderne, avantgardistische, liberale Linke muss die intellektuelle Kraft haben, Politik für Milieus zu machen, die nicht zur eigenen Klientel gehören. Das kann man auch von den Grünen erwarten, und das macht sie gerade interessant.

Wenn man die normativen Ziele formuliert hat, ist es natürlich auch aus strategischen Gründen wichtig, die empirischen Verteilungen der sozialen Milieus mit einzubeziehen, an die man je unterschiedlich andockt und aus denen man unterschiedliche Kommunikationsstrategien ableitet.

Aber der entscheidende Punkt ist erst einmal: Für wen machen wir Politik? Hier müssen sich die Grünen stark an der Idee der Parteinahme für die Schwachen, an Gerechtigkeit und gleichen Chancen zu einem selbstbestimmten Leben orientieren und ihre spezifischen Ansätze – Selbstbestimmung, Ökologie und Partizipation – in diesen Kontext stellen. Eine beliebte Antwort hierauf ist: Gerechtigkeit sei ein Allgemeinplatz, über den sich Parteien gar nicht unterscheiden könnten. Aber das stimmt nicht – die Kompetenzzuschreibung im Bereich soziale Gerechtigkeit sieht folgendermaßen aus: SPD 42 Prozent, Grüne 39 Prozent, Union 15 Prozent. Bei der FDP taucht der Begriff Gerechtigkeit im Wahlprogramm überhaupt nicht auf. Alles soll nach Leistung gehen, das gilt dann als gerecht. Aber das ist eine Floskel, keine ernsthafte Reflexion und kein ernsthaftes Bemühen um Gerechtigkeit.

Gleich ob man diesen Gerechtigkeitsbegriff noch einmal – wie in dem im Anhang abgedruckten Positionspapier vorgeschlagen – mit einem bestimmten, erneuerten Teil der Linken in Verbindung bringt: Der Ansatz von Gerechtigkeit und Solidarität kann in zwei völlig unterschiedlichen Richtungen entwickelt werden. Einmal wird Gerechtigkeit als statischer Begriff verstanden, der auf den Prämissen des industriellen Zeitalters, des Nationalstaats und des weißen männlichen Facharbeiters aufruht. Zum zweiten kann Gerechtigkeit aber auch als ein politischer Anspruch aufgefasst werden, der in einer transformierten Gesellschaft eine andere Ausprägung hat, ohne mit der Idee gleicher realer Verwirklichungschancen für alle Individuen zu brechen.

Ein Unterschied zwischen SPD und Grünen besteht darin, dass die Grünen – am Anfang teilweise ohne es zu merken – schon früh neue Gerechtigkeitsfragen thematisiert haben, die nicht mehr entlang der alten Prämissen funktionieren. Das betrifft unter anderem die Frage des demografischen Wandels und damit der Generationengerechtigkeit; das betrifft die Bedeutung der ökologischen Frage für die soziale

Frage, also Lebensbedingungen und Lebensqualität; und die Frage der Globalisierung und damit die Antwort des europäischen Sozialstaatsmodells auf den Standortdruck. Vor dem Hintergrund, dass sich politische Konzepte stark transformieren und auch transformieren müssen, wäre es fatal, diesen normativen Anspruch auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung aufzugeben und sich in ein anderes politisches Weltbild zu verabschieden.

Die emanzipatorische und in diesem Sinne liberale Tradition der Grünen ist wichtig. Sie ist es auch deshalb, weil sie konkretisiert, was Gerechtigkeit heißt: nicht nur gleiche Verteilung materieller Ressourcen, sondern gleiche reale Chancen auf Autonomie und Selbstbestimmung. Freiheit und Selbstbestimmung sind jedoch Essentialia des übergeordneten Maßstabs der Gleichheit im Sinne von gleicher Annerkennung freier Individuen. Ein Liberalismus, der die Gerechtigkeitsebene abschneidet, ist unzureichend, denn er lässt den entscheidenden Gedanken der gleichen Würde der Individuen außer Acht. Aufgabe der Politik ist die Herstellung einer gerechten Freiheitsordnung und nicht das Verharren bei einem isolierten Freiheitsverständnis, das zudem mangels einer konkreten Definition oft alle möglichen Positionen umfasst, vom ultraliberalen Marktmodell bis zu einer emanzipativen Auffassung von Selbstbestimmung.

Deshalb wäre es auch falsch, die Grünen als postmaterielle Partei zu begreifen. Sicher haben sich die Verteilungsgüter in einer veränderten Gesellschaft selbst verändert, ob es sich nun um Bildung, Arbeit oder demokratische Teilhabe handelt. Diese Güter haben aber gleichwohl materielle Voraussetzungen, und deswegen können die Finanzierungs- und die Umverteilungsfrage auf keinen Fall verabschiedet werden, auch wenn sie einen anderen Fokus und ein anderes Ziel bekommen haben. Wir müssen deshalb auch über die materiellen Prämissen des postmateriellen Zeitalters reden.

Differenzen und Konvergenzen

von Ralf Fücks

Die These, dass es kaum noch grundlegende, konzeptionelle und kulturelle Differenzen zwischen dem Grünen-Milieu und dem Unions-Milieu gibt, ist unzutreffend. Auch anhand der empirischen Daten lassen sich erstens noch signifikante Unterschiede im Hinblick auf das Thema der Ökologie feststellen, das für die Grünen auch weiterhin eine Kernfrage ist; zweitens bestehen erhebliche Differenzen in der Einwanderungspolitik und bezüglich des Begriffs der Einwanderungsgesellschaft, auch wenn die Grünen kein so naives Postkartenidyll der multikulturellen Gesellschaft mehr vor Augen haben wie noch vor ein paar Jahren; und drittens werden vor allem in der Landespolitik die großen konzeptionellen Unterschiede in der Bildungspolitik deutlich. Sicher gibt es auch Konvergenzen, etwa in der Wertschätzung von Autonomie und Wettbewerb, aber nach wie vor steht hier Selektivität versus Inklusion. Die Auseinandersetzung hat natürlich nicht mehr die Kulturkampf-Schärfe der 80er Jahre und folgt keinem aufgeladenen Freund-Feind-Modell mehr, aber es existieren doch einige massive politische Differenzen, die es schwer machen, sich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu verständigen.

Wenn es denn stimmt – und ich glaube, dass es stimmt –, dass es für die Grünen auf Landesebene und erst recht auf Bundesebene, wo sich ja frühestens 2010 diese Frage stellt, zu einem Salto mortale werden könnte, einen so radikalen Koalitionswechsel zu vollziehen, weil auf der Ebene der Wählerschaft die Rechts-Links-Muster eben doch noch ziemlich kohärent sind und in den politischen Werthaltungen und Einstellungen eine starke Lageraffinität besteht, wenn das denn stimmt, dann sind vor allem zwei Fragen entscheidend, die positiv beantwortet werden müssen, wenn man Schwarz-Grün als eine ernsthafte politische Option ansieht:

Erstens: Würde Schwarz-Grün die gesellschaftliche Polarisierung vertiefen, oder würde eine solche Koalition das politische Handlungsfeld der Grünen erweitern? Würde damit eine gesellschaftspolitische Allianz befördert, die es leichter macht, eine erfolgreichere Dynamik in Richtung ökologischer Innovation in Gang zu setzen, weil die Konfliktlinie Ökologie versus Ökonomie dann nicht mehr so zentral ist? Wäre Schwarz-Grün eine Möglichkeit, auch in der Gesellschaft ökologisch-ökonomische Allianzen zu bilden?

Zweitens: Wenn Schwarz-Grün als Abrissunternehmen für den Sozialstaat und als Aufkündigung des solidarischen Gesellschaftsleitbildes verstanden wird, dann kann eine solche Koalition für die Grünen keine Option sein – und zwar sowohl aus Gründen der Selbstachtung der Grünen als auch gesellschaftspolitisch betrachtet. Eine solche Koalition kann nur funktionieren, wenn sie das Soziale erweitert und die notwendigen Umbauten und Restriktionen des Sozialstaats um die Dimension sozialer Bürgergesellschaft ergänzt.

Ob bürgerschaftliches Engagement und soziale Verantwortung auch von Unternehmen zur Erweiterung oder zur Verengung des ökologischen und des sozialen Feldes führen, ist die zentrale Frage. Schwarz-Grün wird nicht als programmatisches Projekt existieren. Wenn es jemals existieren sollte, dann als Ergebnis einer Gelegenheitskonstellation – entweder als die einzige Alternative zu einer großen Koalition oder als Alternative zu einer Rechtskoalition wie in Hamburg. Wir müssen uns nur über die politischen Risiken und die gesellschaftspolitische Dimension im Klaren sein und dürfen in eine solche Koalition nicht einfach hineinstolpern.

Diskussion (Auszüge)

Hubert Kleinert: Natürlich gibt es noch signifikante Unterschiede zwischen der CDU-Anhängerschaft und der Grünen-Anhängerschaft. Was sich aufgelöst hat, ist die polare Gegensatzkonstruktion zwischen Postmaterialisten und Materialisten. Die Unterschiede sind auf der Ebene der Wertepräferenzen deutlich geringer geworden. Das wird durch die Werteforschung eindeutig bestätigt. Politisch-programmatische Differenzen existieren vor allem in den Bereichen innere Liberalität, Ausländerpolitik und Umweltpolitik. In der Umweltpolitik lägen – neben der Ausländerpolitik – wohl die größten Probleme für eine solche Allianz, allerdings mit dem Vorteil einer besseren Chance auf Umsetzung der in einer solchen Koalition beschlossenen Maßnahmen. Es geht nicht um Parteinahme für oder gegen Schwarz-Grün, sondern um die Analyse der wahrnehmbaren Entwicklungen bei der CDU und den Grünen, aber auch in der Gesellschaft. Schwarz-Grün ist eine Realität, das hat nichts mit „Enttabuisierung" in einem aufgeladenen Sinn zu tun. Man kann zudem feststellen, dass sich diese Realität eher wachsenden als abnehmenden Zuspruchs erfreut. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass es gerade im Milieu der Grünen, insbesondere bei den Parteiaktivisten, offenbar ein großes Interesse an einer Art Wiederaussöhnung gibt. Das mag bei manchen biografisch bedingt sein. Ich beobachte auch eine gewisse Lust an der Bürgerlichkeit im Grünen-Milieu. Umgekehrt ist die Aversion gegenüber den Sozialdemokraten viel größer, als es die Treueschwüre des rot-grünen Lagers vermuten lassen. Entweder die Sozialdemokraten schaffen es, Rot-Grün zu derjenigen politischen Kraft zu machen, die den sozialpolitischen Reformbedarf bewältigt, ohne dass das Land auseinanderfliegt, oder aber die SPD fliegt dabei auseinander und verliert ihre Regierungsfähigkeit. Wenn die SPD aber ihre Regierungsfähigkeit verlieren sollte, dann stellt sich für jeden bei den Grünen die Frage: Was nun? Und zuallererst werden diejenigen die Frage stellen, die viel zu verlieren haben: Ministerposten, parlamentarischen und letztlich auch gesellschaftlichen Einfluss. Dass das Parteiensystem in Deutschland mittlerweile viel instabiler ist, als es den Anschein haben könnte, macht diese Frage umso dringlicher. Da es den Grünen noch verhältnismäßig gut geht, sind sie geradezu staatspolitisch dazu verpflichtet, sich Gedanken darüber zu machen, was mit diesem Land werden soll, wenn die SPD an der Reformaufgabe scheitert.

Willfried Maier: Solange es im Bundestag oder in einem Landtag eine Dreier-Konstellation aus Rot, Grün und Schwarz gibt und keiner eine absolute Mehrheit hat, wird es auf Grund der Milieubindungen und der Parteitraditionen in absehbarer Zeit immer zu Rot-Grün kommen. Die Konstellation der großen Koalition stellt sich ja nur, wenn es mindestens vier sind und keiner die absolute Mehrheit hat. Aus der Instabilität des Parteiensystems heraus können sich solche neuen Konstellationen natürlich ergeben. In der momentanen Situation kann die CDU alle diese Milieus, die irgendwie dem rechteren Teil der Eliten zugeordnet sind, weitgehend hinter sich versammeln, ohne dass ihnen Teile der alten Wählerschaft verloren gehen. Im Grunde müssen die Grünen eine Politik verfolgen, die dieses Milieu spaltet. Das kann nur durch das Aufgreifen der von der CDU propagierten Liberalisierungsschritte gelingen. Wenn man über Schwarz-Grün nachdenkt, denkt man auch darüber nach, das jetzt gegen die Modernisierung stehende Lager zu schwächen.

Peter Siller: Bei der Diskussion um Koalitionsoptionen ist eine gewisse Nüchternheit nicht verkehrt. Koalitionen müssen aus der Perspektive von Parteien danach beurteilt werden, wieviel Umsetzungsspielraum für die eigenen Positionen und Konzepte sie ermöglichen. Das darf sich allerdings nicht nur auf die kurzfristigen, tagespolitischen Umsetzungsmöglichkeiten beschränken, sondern muss auch den Vertrauensgewinn bzw. -verlust bei den Bürgerinnen und Bürgern mit einbeziehen, der mit einer bestimmten Koalitionsentscheidung einhergeht. Wenn es also bei der Koalitionsfrage im Kern um die Umsetzungsmöglichkeiten der eigenen politischen Inhalte geht, dann ist es zuallererst entscheidend, dass die Grünen konzeptionell und programmatisch Standpunkte markieren, von denen aus dann die Koalitionsfrage gestellt werden kann. Die programmatischen und tagespolitischen Standpunkte der Parteien rücken de facto immer weiter zusammen und versammeln sich unter Bezugnahme auf „das Notwendige" und auf tatsächliche oder vermeintliche Sachzwänge immer mehr in einer „imaginären Mitte" der Gesellschaft. Soweit diese Nähe der Parteien darin begründet ist, dass die Konservativen in gesellschaftlichen Fragen liberaler und die Linken von der anderen Seite weniger autoritär geworden sind, ist an dieser Entwicklung nichts auszusetzen. Trotzdem ist die beschriebene Entwicklung kritisch zu bewerten. Wenn man die empirische Tendenz nicht affirmativ aufnimmt, sondern sie politisch wendet, dann ist es eine der wichtigsten Aufgaben von Parteien – und das gilt gerade für die Grünen –, konzeptionell konturschärfer zu werden, die inhaltlichen Unterschiede deutlich zu machen und entsprechende alternative Angebote zu unterbreiten. Diese Unterschiede müssen sich auch in den Begrifflichkeiten und in der Kommunikation niederschlagen. Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht – Massenarbeitslosigkeit, Klimazerstörung, Globalisierung oder internationaler Terrorismus – machen eine konzeptionelle Politik unverzichtbar, die unterschiedliche Wege und Ziele verhandelt, diskutiert und die den eigenen Vorschlag zur Wahl stellt. Die Demokratie lebt von Alternativen, und wenn Politik als alternativlos und unvermeidlich kommuniziert wird, befördert das Politikverdrossenheit und dumpfes Protestwählertum. So haben wir momentan kaum eine Debatte darüber, wie man das strukturelle Problem der Arbeitslosigkeit selbst bewältigt. Die Frage nach der Zukunft unseres Sozialstaatsmodells unter den Bedingungen von Globalisierung und demographischem Wandel wird kaum abseits vom tagespolitischen Geschäft diskutiert. Meine These ist: Politik würde interessanter, wirksamer und attraktiver, wenn sie die Kraft und den Mut zu konzeptioneller Grundsätzlichkeit hätte. Zu „Gerechtigkeit" als Orientierungsbegriff habe ich auch heute noch keine ernsthafte Alternative gehört. Man hört, die Grünen seien „liberal" oder „libertär". Aber wir wissen alle, dass dem Begriff des Liberalismus in Deutschland die soziale Dimension fehlt. Noch schlimmer steht es um den Begriff des Libertären, der im US-amerikanischen Kontext für „Marktliberalismus" steht und bei den Südwest-Grünen immer einen deutlich konservativen Einschlag hatte. Die große Leistung der Grünen bestünde meines Erachtens in einer Neufassung der Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität entsprechend den tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen der letzten Jahrzehnte und dem Gedanken der Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund ist es falsch, Gerechtigkeit als einfache Gleichheit der materiellen Verteilung zu formulieren. Gerechtigkeit heißt vielmehr Parteinahme für die Schwachen. Gerechtigkeit heißt Vermeidung von Exklusion und damit Zugang und Teilhabe zu den zentralen Systemen gesellschaftlicher Güter und gesellschaftlicher Anerkennung – Arbeit, Bildung und Demokratie. Auch ökologische Fragen müssen in diesen Begriff der Gerechtigkeit eingebaut werden.

Zu sagen „Wir haben ein Problem mit dem alten Gerechtigkeitsbegriff und lassen ihn deswegen ganz weg“ ist fatal, denn das entzieht der Politik die entscheidende normative Orientierung. Vor der SPD kann man im Moment einen gewissen Respekt haben, weil sie die Notwendigkeit von Veränderungen, die nicht trotz, sondern auf Grund des Gerechtigkeitsanspruchs bestehen, durch alle Schichten vertritt. Die SPD bezahlt im Moment für eine Reformpolitik, welche den Grünen auf Grund ihres unterschiedlichen Wählermilieus eher noch zugute kommt. Die Grünen sollten ihren Gerechtigkeitsbegriff so konkretisieren, dass er noch stärker als bisher einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch umfasst, statt in den spezifischen Bedingungen des eigenen Milieus zu verharren.

Hubert Kleinert: Angesichts der sich abzeichnenden Probleme können wir nicht wie bisher auf die Stabilität der Demokratie und des deutschen Parteiensystems vertrauen. Das bedeutet auch, dass wir die alten Machtspielchen zwischen den Parteien ein Stück aufbrechen müssen. Ein mindestens so großes Problem wie die mangelnde Unterscheidbarkeit der Parteien liegt darin, dass die Streitdramaturgie, die den Bürgern in den Talkshows und auch im Bundestag vorgeführt wird, mittlerweile nicht selten quer zu den wirklichen Problemen liegt. Das befördert die Politikverdrossenheit mindestens ebenso stark. Die Leute merken, dass in sehr vielen Fällen die Unterschiede in der politischen Auseinandersetzung künstlich dramatisiert werden, ohne dass die Opponenten wirklich unterschiedliche Lösungen anzubieten hätten. Konturschärfe und soziale Gerechtigkeit – das muss sicher sehr ernst genommen werden. Wenn die Bundestagswahl 2006 aber dadurch entschieden werden soll, dass der Bürgerversicherung als Ausweis sozialer Gerechtigkeit die soziale Kälte des Prämienmodells gegenübergestellt wird, dann ist das doch im Grunde eine intellektuelle Zumutung. Auf beiden Seiten gibt es nämlich gute und weniger gute Gründe für das jeweilige Modell. Dass die Vertreter des Prämienmodells für neoliberale Kahlschlagspolitik eintreten, während die Befürworter der Bürgerversicherung Anhänger der sozialen Gerechtigkeit seien – wer das behauptet, ist unseriös, und ich glaube nicht, dass so etwas dauerhaft öffentlich verfangen kann.

Peter Siller: Die normative Anknüpfung an der Frage der Gerechtigkeit mit allen Modifikationen, die eine veränderte gesellschaftliche Problemlage nach sich zieht, ist noch nicht „ideologisch“. Das hat noch nicht einmal etwas mit einem „Lager“ im Sinne einer sozioökonomischen und kulturellen Einordnung nach Einkommen, Bildungsstand und Lebensform zu tun. Dass es einen Unterschied macht, ob eine Partei in Kategorien von Gerechtigkeit denkt oder nicht, ist zunächst einmal eine Grundforderung der politischen Moral und damit Grundlage einer verantwortlichen politischen Orientierung. Selbstverständlich ist diese Orientierung nicht, weil es politische Kräfte und Lager gibt, die daran nicht oder viel zu wenig anknüpfen. Die Diagnose, dass die politische Landschaft in erster Linie darunter leide, dass sie „ideologische Debatten“ führe oder „alten ideologischen Mustern“ verhaftet sei, ist schlicht unzutreffend. Die politische Szene leidet sicher nicht an einem konzeptionellen oder gar utopischen Überschuss. In der gegenwärtigen Politik wird vielmehr, auf der Linken und der Rechten, eine Ideologie des Unideologischen vertreten, die im wesentlichen mit Sachzwangargumenten arbeitet. Diese Argumente müssen sachlich nicht unbedingt falsch sein – ihr Begründungsmodus ist aber völlig unpolitisch. Das Konzept der Bürgerversicherung beispielsweise ist ein Ansatz, um programmatische Unterschiede deutlich zu machen. Die parteipolitische Auseinander-

setzung darum ist, wenn überhaupt, dann nicht deshalb problematisch, weil es den Unterschied zur Kopfpauschale in Wahrheit gar nicht gibt, sondern weil man manchmal vergisst, welcher konzeptionelle Hintergrund die Differenz ausmacht. Man muss kein Hellseher sein, um ein neues Bedürfnis nach programmatischen Unterschieden zu konstatieren. Wenn wir uns an deren Formulierung nicht beteiligen, wird es ohne uns geschehen und dann möglicherweise mit fundamentalistischer und antiparlamentarischer Einfärbung. Eine Politik, die die Fragen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung neu stellt, eine erneuerte freiheitsorientierte, demokratische und ökologische Linke muss sich an die ganze Gesellschaft wenden. Das Konzept einer erneuerten Linken braucht inhaltliche Überzeugskraft und kann diese nicht aus dem bloßen Label „links" ziehen. Eine erneuerte Linke braucht ein programmatisches Angebot für die ganze Gesellschaft und muss auch relevante Teile aus dem bürgerlichen Lager für sich überzeugen können.

Ralf Fücks: Die periodisch wiederkehrende Debatte über Schwarz-Grün scheint nicht rein machtopportunistisch motiviert zu sein. Sie entspringt einem elementaren Konflikt grüner Politik: zwischen der Notwendigkeit einer Lagerpolitik, die sich in Wahlkämpfen zuspitzt und auf Polarisierung zielt, und der Notwendigkeit, lagerübergreifende politische Allianzen zu bilden, um die eigene Politik verwirklichen zu können. In diesem Kontext könnte Schwarz-Grün eine Öffnung sein, die die reformpolitischen Handlungsmöglichkeiten auf den entscheidenden Feldern der ökologischen Modernisierung, der Reform des Arbeitsmarkts und des Sozialstaats erweitert. Wenn die Grünen ein gesellschaftliches Modernisierungsangebot vorlegen, dann ist Schwarz-Grün nur möglich, wenn auch die CDU ein Modernisierungsprojekt verfolgt und damit zu einer Differenzierung des konservativen Lagers beiträgt. Ob die Union dazu in der Lage ist, steht auf einem ganz anderen Blatt. Im Hinblick auf die Gerechtigkeitsfrage ist die entscheidende Herausforderung, wie wir auf die Herausbildung einer neuen sozialen Unterklasse reagieren, in der sich Armut und Hoffnungslosigkeit inzwischen von den Eltern auf die Kinder vererbt. Hier wird die Frage der öffentlichen Güter, der Bildung und der Gesundheit relevant. Komplementär dazu ist aber eine innovationspolitische Strategie notwendig, die neben den Verteilungsfragen auf die ökonomische Dynamik zielt.

Anhang

Soziale Milieus, politische Lager und Wahlverhalten

von Heiko Geiling

Parteien sind mehr oder minder dauerhafte Koalitionen zwischen Parteieliten und ihren Organisationsstrukturen. Sie repräsentieren sachlich-pragmatische Machtbeziehungen. Wer hier mitspielen will, darf keine idealistischen oder gar romantischen Erwartungen hegen. Diese werden allenfalls auf Parteitagen inszeniert, als symbolische Vereinfachung überaus komplexer Beziehungsgefüge. Deren Analyse ist schon schwierig genug. Noch viel schwieriger hingegen scheint die Analyse des Verhältnisses zwischen Parteien und Wählern zu sein. Und diese überaus komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Parteien und ihren Wählern lassen sich nicht einfach damit erklären, dass die Wähler

- aktuellen Stimmungen, Umfragen oder Schlagzeilen folgen;
- taktisch kalkulativ, wie bei ökonomischen Entscheidungen, wählen;
- und von Wahl zu Wahl jeweils völlig neu im Sinne der Wechselwähler-These entscheiden.

Stattdessen verweist die Wahlsoziologie, so z.B. selbst im Kontext des aktuellen Präsidentschafts-Wahlkampfes in den USA, auf relativ nachhaltige Parteipräferenzen in der Wählerschaft.

Wenn man dann auf die auffälligsten Ergebnisse politischer Wahlen in den letzten Jahren schaut, fällt auf:

1. Die SPD verzeichnet dramatische Verluste in der Stammwählerschaft: qualifizierte Arbeiter-, Facharbeiter- und Angestelltenmilieus, die den Wahlen überwiegend fern blieben.
2. Sozial Unterprivilegierte in den benachteiligten Stadtteilen wählen zunehmend die Union, während sie zuvor noch – trotz geringer Wahlbeteiligungen – der SPD zustimmten; d.h. sie folgen dem Klientel-Patron-Schema, in dem sich die Machtlosen so lange an die Stärkeren anlehnen, wie diese ihren Fürsorge-Pflichten nachkommen.
3. Gutsituierte Arbeitnehmer in konservativen Hochburgen, die 1998 noch gegen die erstarrte Unionspolitik unter Kohl für Schröder gestimmt hatten, sind zur Union zurückgekehrt.
4. Von dieser Entwicklung, insbesondere auch den geringen Wahlbeteiligungen, profitierten die Grünen, die über ihre relativ kleine Stammwählerschaft hinaus aus dem rot-grünen Spektrum Stimmen auf sich zogen.

These: Die großen Volksparteien, insbesondere die SPD, haben sich von den Gerechtigkeitsvorstellungen ihrer Klientel entfernt. Man könnte auch sagen: Die Parteieliten haben sich von den sozialen Milieus und politischen Lagern ihrer Wählerschaft, in denen spezifische Gerechtigkeitsvorstellungen ausgeprägt und gelebt werden, zu weit entfernt.

Was heißt Gerechtigkeit?

Im Deutschen Wörterbuch der Brüder Grimm heißt Gerechtigkeit „das richtige Verhältnis“, und Gerechtsein heißt ein Verhalten, das „jedem das Gebührende zuteilt“.

Auf die Alltagssprache und Alltagspraxis übertragen bedeutet Gerechtigkeit also nicht, einem philosophisch-programmatisch institutionellen Modell der Beziehungen zwischen abstrakten Einzelpersonen zu folgen. Stattdessen meint Gerechtigkeit einen Kompromiss zwischen verschiedenen sozialen Standpunkten, d.h. einen zumutbaren und im Alltag erfahrbaren erträglichen Kompromiss.

Ich möchte diesen Zusammenhang am Beispiel unseres Milieumodells und unseres Modells gesellschaftspolitischer Lager verdeutlichen.

Soziale Wahrnehmung ist in der Regel standortgebunden. Wir nehmen keine objektive Position „über" dem Ganzen ein, sondern einen Ort in diesem Ganzen, der uns eine bestimmte Perspektive nahelegt. Unsere Wahrnehmung anderer Milieus kann daher verzerrt, unvollständig und von blinden Flecken getrübt sein.

Die vertikale Achse des sozialen Raums

In unserer Gesellschaft am geläufigsten sind die vertikalen Unterschiede der Lebensführung und Kultur entlang der Herrschaftsachse („Klassenunterschiede"). Empirisch lassen sich drei gesellschaftliche Stufen unterscheiden, die durch besondere soziale Möglichkeiten und Kulturschranken voneinander abgegrenzt sind. Diese vertikale Struktur drückt sich in zwei waagerechten Trennlinien aus. Die oberen Milieus grenzen sich selbst von den mittleren Milieus ab (Grenze der Distinktion). Die Grenze der Respektabilität trennt die mittleren von den unteren.

Die horizontale und die vertikale Achse des sozialen Raums

Die horizontalen Unterschiede von Lebensführung und Kultur sind uns oft weniger bewusst, aber doch in begrifflichen Gegensätzen wie progressiv vs. konservativ, traditionell vs. modern oder konventionell vs. individuell gegenwärtig. Milieus auf der gleichen vertikalen Rangstufe des Einkommens oder des Ansehens können sich in Lebensstil und Mentalität erheblich voneinander unterscheiden. Der Unterschied lässt sich an den Einstellungen zur Autorität festmachen. Für die einen ist eher Hierarchiebindung, für die anderen eher Eigenverantwortung der leitende Wert. Dem entspricht jeweils eine bestimmte innere Mentalität bzw. ein Habitus, aber auch eine reale äußere Autoritätsstruktur. Wir ordnen diese Grundeinstellungen auf der horizontalen Achse an, die das Spektrum von den hierarchischen Orientierungen (rechts von der Mitte) übergreift. An den äußeren Rändern dieses Spektrums finden wir extreme Ausprägungen, und zwar rechts einen entschiedenen Autoritarismus, links einen Avantgardismus, der jede Konvention zurückzuweisen scheint.

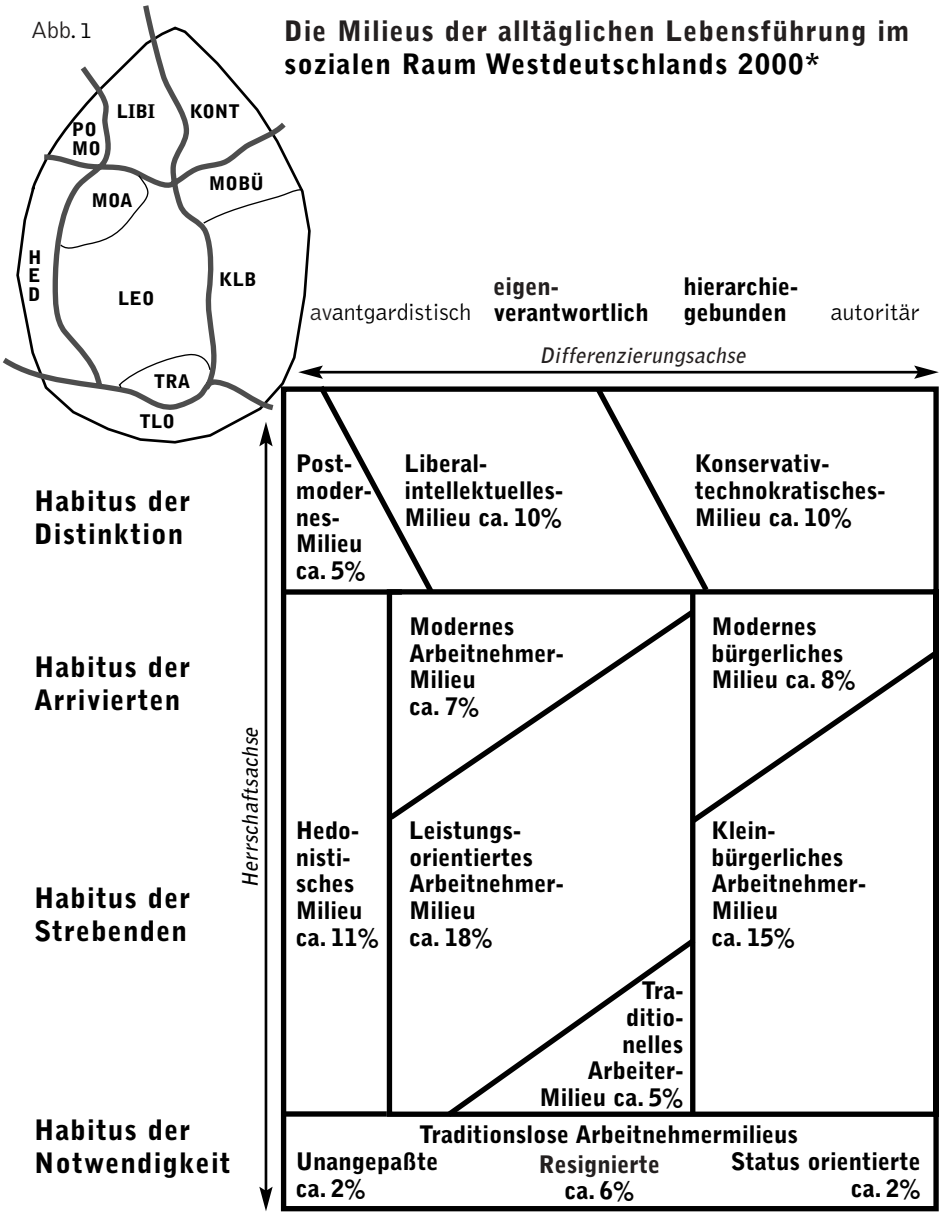
Gesellschaftspolitische Lager und soziale Ordnungsmodelle

Zwei historische Erfahrungen nach 1945 sind in Deutschland nach wie vor präsent: 1. „Leistung gegen Teilhabe": Jeder Abbau sozialer Rechte bedarf einer besonderen Legitimation und Gegenleistung; 2. „Selbstbestimmung und Partizipation": Seit Ende der 60er Jahre freiere Alltagskultur und z.T. universalistische Werte in den jüngeren Generationen.

Die Integrationskraft der von den Volksparteien repräsentierten Gesellschafts- und Ordnungskonzepte nach 1945 beruhte darauf, dass sie die einschneidenden sozialen Verwerfungen, die durch die Kriegsfolgen und die Modernisierung aller Wirtschaftsbranchen bedingt waren, regulierend flankieren konnten. Die Härte dieser Umstellungen wurde durch wachsende und in der Regel erkämpfte Teilhabe an diesem Wirtschaftswachstum abgefedert. Es basierte auf dem Aushandlungsmodell des „institutionalisierten Klassenkampfes" (Geiger und Dahrendorf): Tarifrecht, Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung usw.

Abb. 1

Die Milieus der alltäglichen Lebensführung im sozialen Raum Westdeutschlands 2000*



Heute herrscht allgemeine Skepsis gegenüber der Fähigkeit der Eliten, den aktuellen gesellschaftspolitischen Umbau als eine Kombination von marktgerechter Flexibilität und sozial gerechter Risikosicherung zu gestalten, und zwar im Sinne von „Solidarität und Eigenverantwortung“.

Abb. 2: **Milieutypologie**

OBEN:

1 Konservativ-technokratisches Milieu (KONT) früher: Besitzbürgertum (10%)

Lebensziel
- Beruflicher und materieller Erfolg durch Leistung, Zielstrebigkeit, Führungs- und Gestaltungsbereitschaft
- Zugehörigkeit zur gesellschaftlichen Elite, Statusdenken, Machtbewusstsein
- Distinguierter Lebensrahmen, finanzielle Unabhängigkeit, Besitz, hoher Lebensstandard; intaktes Familienleben

Soziale Lage
- Überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau
- Viele leitende Angestellte und höhere Beamte sowie Selbständige, Unternehmer und Freiberufler
- Hohe und höchste Einkommensklassen

Arbeit/Leistung
- Identifikation mit der übernommenen Aufgabe, Leistungsbereitschaft
- Erfolgsdenken, „Winner"-Mentalität, Streben nach gehobenen hierarchischen Positionen
- Ausgeprägte Führungs- und Gestaltungsbereitschaft

Lebensstil
- Abgrenzung nach unten, 'unter sich sein' im Privatleben und bei der Freizeitgestaltung
- Bewusst hergestellte Traditionsbezüge, Verbindung nostalgischer Stilansprüche mit Elementen der technischen Moderne

2 Liberal-intellektuelles Milieu (LIBI) (10%)

Lebensziel
- Ökologische und politische Korrektheit: soziale Gerechtigkeit, Versöhnung von Mensch und Natur
- Postmaterielle Ansprüche: Selbstverwirklichung, Persönlichkeitswachstum, Individualität, Freiräume für sich selbst
- Sinnstiftende Identität und Erfolg im Beruf, Leitbild der emanzipierten Partnerschaft

Soziale Lage
- Hohe bis höchste Formalbildung (Abitur, Studium)
- Qualifizierte und leitende Angestellte und Beamte, Freiberufler, hoher Studentenanteil
- Gehobenes Einkommensniveau

Arbeit/Leistung
- Suche nach einer kreativen, identitätsstiftenden Arbeit, die Sinn ergibt und Herausforderungen bietet
- Wichtig sind Selbständigkeit, individuelle Freiräume und persönliche Verantwortung
- Ausgeprägtes professionelles Ethos, aber kein rigides Karrierestreben

Lebensstil
- Umwelt- und gesundheitsbewusste Lebensführung, Streben nach Gleichgewichten
- Ablehnung 'sinnentleerten' Konsums, Verzicht auf 'Überflüssiges'
- epikureische Genussphilosophie: Kennerschaft und Verfeinerung, Understatement und Distinktion
- Rege Anteilnahme am gesellschaftlichen u. kulturellen Leben, Weltoffenheit

3 Postmodernes Milieu, Avantgarde, früher: Schöne Künste (POMO) = ca. 5%

Lebensziel
- Ungehinderte Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, Ausleben seiner Gefühle, Begabungen und Sehnsüchte
- Zurückweisung von äußeren Zwängen, Normen, Ideologien und Leitbildern; Ablehnung, sich festzulegen, sich zu etablieren
- Lustvoll leben: Körper und Geist an existenzielle Grenzen treiben

Soziale Lage
- Junges Milieu, Altersschwerpunkt: 20 bis 35 Jahre; viele Singles
- Gehobene Bildungsabschlüsse
- (Mittlere) Angestellte, (kleinere) Selbständige und Freiberufler, viele Schüler, Studenten und Jungakademiker
- Einkommensverteilung fast wie in der Gesamtbevölkerung

Arbeit/Leistung
- Streben nach Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung und Autonomie: sich keinen Hierarchien und Zwängen unterordnen müssen
- Vorliebe für freie Berufe – vorzugsweise in Werbung, Medien, Kunst, Architektur
- Unkonventionelle Karrieren, gebrochene Lebensläufe; phasenweise auch Beschäftigung unter Qualifikationsniveau ('Mc Job')

Lebensstil
- Ich-bezogene Lebensstrategie: Haben, Sein und Genießen – möglichst ohne einschränkende Verpflichtungen
- Widersprüchlichkeit als Lebensform, 'plurale Identitäten': mit Lebensstilen experimentieren, in verschiedenen Szenen, Welten und Kulturen leben
- Narzisstische Selbstinszenierung durch Konsum
- Starkes Bedürfnis nach Kommunikation, Unterhaltung, Bewegung

MITTE:

4 Modernes Bürgerliches Milieu (MOBÜ) = ca. 8%

Lebensziel
- Harmonisches, angenehmes, behütetes Leben (modernes Biedermeier)
- Umfassendes Sicherheitsstreben (materiell, sozial, emotional)
- Wunsch nach der privaten Idylle; familiäre Harmonie, Kinder als sinnstiftender Lebensinhalt
- Individuelle Selbstbestimmung und Selbstentfaltung – bei grundsätzlicher Bereitschaft, sich anzupassen und einzufügen

Soziale Lage
- Oft Mehrpersonen-Haushalte, kinderfreundliches Milieu
- Qualifizierte mittlere Bildungsabschlüsse
- Meist einfache bzw. mittlere Angestellte und Beamte
- Mittlere Einkommensklassen

Arbeit/Leistung
- Geordnetes Berufsleben, keine allzu großen Risiken, keine allzu hoch gesteckten Ziele, begrenztes Engagement
- Eine sichere berufliche Position ist wichtiger als Karriere um jeden Preis; nüchternes Kosten-Nutzen-Denken
- Verantwortungsvolles Erfüllen der gestellten beruflichen Aufgaben

Lebensstil
- Wunsch nach Lebensqualität, Komfort und Genuss; kontrollierter Hedonismus, bürgerlicher Lebensrahmen
- Gemeinschaftsorientiertes Privatleben (Familie, Verwandte, Freundeskreis)
- Große Bedeutung sozialer Werte (Freundlichkeit, Toleranz, Fairness), Ausgleich und Frieden mit Nachbarn und Umwelt
- Bevorzugung konventionell-moderner Ästhetik ohne kleinbürgerliche Ordnungszwänge

5 Kleinbürgerliches Arbeitnehmermilieu (KLB) = ca. 15%

Lebensziel
- Festhalten an den traditionellen Werten: Pflichterfüllung, Verlässlichkeit, Ordnung und Disziplin
- Bleibende Werte schaffen: Besitz, materielle Sicherheit, Ausbau des Lebensstandards
- Status-Quo-Orientierung: Absicherung des Erreichten, in geordneten Verhältnissen leben

Soziale Lage
- Überwiegend Hauptschule (Volksschule) mit abgeschlossener Berufsausbildung
- Viele kleine und mittlere Angestellte und Beamte sowie kleine Selbständige und Landwirte
- Hoher Anteil an Rentnern und Pensionären
- Meist kleinere bis mittlere Einkommen

Arbeit/Leistung
- Pflichtethos: seine Aufgaben erfüllen, sich nichts zu Schulden kommen lassen
- Sichere berufliche Position ist wichtiger als Karriere
- Statusdenken (aber kein eigentliches Aufstiegsstreben): es zu etwas bringen, soziales Ansehen genießen

Lebensstil
- Konventionalismus, Anpassung, Sicherheit
- Selbstbeschränkung, Bereitschaft zum Verzicht
- Bevorzugung zeitlos-gediegener Produkte
- Ordnung und Sauberkeit als wichtigstes Stilprinzip

6 Modernes Arbeitnehmermilieu (MOA) = 7%

Lebensziel
- realitätsbezogener Hedonismus, flexibles Anspruchsniveau ('ein angenehmes Leben führen', 'sich leisten können, was einem gefällt')
- Kreativ sein, Verantwortung übernehmen, eigenständig handeln (Autonomiestreben)
- Sich geistig und fachlich weiterentwickeln, nicht stehen bleiben (lebenslanges Lernen)

Soziale Lage
- Junges Milieu, Altersschwerpunkt unter 30 Jahren
- Mindestens Realschulabschluss, viele Auszubildende, Schüler, Studierende
- Facharbeiter (häufig in Schrittmacher-Industrien), qualifizierte Angestellte, Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- Mittlere bis gehobene Einkommen, häufig Doppelverdiener

Arbeit/Leistung
- Arbeit und Beruf werden dem Anspruch auf Freizeit, Lebenslust und Genuss nicht untergeordnet ('ausbalancieren' der verschiedenen Lebensbereiche)
- Dominanz des individuellen Leistungsprinzips, Problemlösungsorientierung
- Hohe horizontale Job-Mobilität, geringe Bindung an Firma oder Position
- Bereitschaft zu lebenslanger Weiterbildung und Höherqualifizierung (häufig: Step-by-step-Aufstieg)

Lebensstil
- Aufgeschlossenheit für Neues, keine geschlossenen Weltbilder, Mobilitätsbereitschaft, Stiltoleranz
- Mainstream der jungen Freizeitkultur, konventioneller Modernismus im Konsum
- High-Tech als selbstverständliches Element im Alltag (in Beruf und in der Freizeit)

7 Leistungsorientiertes Arbeitnehmermilieu (LEO) = 18%

Lebensziel
- Beruflicher und sozialer Aufstieg ('sich hoch arbeiten') als wichtiger Lebensinhalt
- Vorzeigbare Erfolge haben, Anerkennung durch Leistung
- Angestrebt wird ein guter bis gehobener Lebensstandard für sich und die Familie
- pragmatisch-realistische Lebenseinstellung (dabei Konsum als 'verdienter Lohn' zur beruflichen Leistung)

Soziale Lage
- Häufig mittlerer Abschluss oder Hauptschule (Volksschule) mit abgeschlossener Berufsausbildung
- Viele Facharbeiter und qualifizierte Angestellte, auch kleinere Selbständige und Freiberufler
- Mittlere und gehobene Einkommensklassen

Arbeit/Leistung
- Identifikation mit dem Beruf, realitätsbezogenes Aufstiegsstreben
- Ausgeprägte und rationale Leistungsorientierung ('Leistung soll belohnt werden')
- z. T. Furcht vor sozialem Abstieg

Lebensstil
- Orientierung an der Erfüllung verinnerlichter beruflicher und sozialer Erwartungen
- Konsumbereitschaft im Sinne 'verdienter Teilhabe': Auto, Urlaub, Eigenheim usw.
- Neigung zu modernen Freizeitaktivitäten (Tennis, Squash, Kino, Essen gehen usw.) und zu Statussymbolen

8 Traditionelles Arbeitnehmermilieu (TRA) = 5%

Lebensziel
- Befriedigender Lebensstandard ('ein gutes Auskommen haben')
- Sicherer Arbeitsplatz, gesichertes Leben im Alter
- Soziale Integration: anerkannt sein bei Freunden, Kollegen, Nachbarn (Traditionelle Arbeiterkultur)
- Bescheidenheit und Anpassung an Notwendigkeiten

Soziale Lage
- Überwiegend Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss) mit anschließender Berufsausbildung
- Hoher Anteil an Facharbeitern und angelernten/ungelernten Arbeitern
- Überdurchschnittlich häufig Rentner
- Kleinere und mittlere Einkommen

Arbeit/Leistung
- Strikte Trennung von Arbeitswelt einerseits und Freizeit ('Feierabend') andererseits
- Nüchterne Einstellung: Man arbeitet um zu leben ('Arbeit ist etwas, das sein muss')
- Traditionelles Arbeitsethos (Pflichtbewusstsein, Fleiß, Disziplin)
- Gewerkschaftliche Orientierung, Solidarität (Erhaltung/Ausbau des sozialen Besitzstandes)

Lebensstil
- Pragmatisch-nüchterne Sicht der eigenen sozialen Lage; Einfachheit, Sparsamkeit
- Keine übertriebenen Konsumansprüche, kein Prestigekonsum
- Bevorzugung solider, handfester und haltbarer Produkte, Skepsis gegenüber modischen Neuerungen

9 Hedonistisches Milieu (HED) oder jugendkulturelle Avantgarde = 11%

Lebensziel
- Freiheit, Ungebundenheit, Spontaneität (demonstrative Ablehnung von Sicherheits- und Geborgenheitswerten)
- Das Leben genießen, intensiv leben. Suche nach Kommunikation, Fun und Action.
- Anders sein als die 'Spießer', Ausbrechen aus den Zwängen des Alltags

Soziale Lage
- Altersschwerpunkt: bis 30 Jahre
- Überdurchschnittlich häufig geringe Formalbildung ('Abbrecher')
- Viele Schüler und Auszubildende, hoher Anteil an Arbeitslosen und angelernten Arbeitern, ausführenden Angestellten ('Jobbern')
- Meist kleinere bis mittlere Einkommen

Arbeit/Leistung
- Häufig zweckorientierte Haltung zum Job: Ordentlich verdienen, um sich seine Wünsche erfüllen zu können
- Betonung des subjektiven Faktors (interessante, abwechslungsreiche, wenig arbeitsintensive Jobs)

Lebensstil
- Leben im Hier und Jetzt, kaum Lebensplanung
- Freude am guten Leben, an Luxus und Komfort
- Demonstrative Unangepasstheit, Stilprotest

UNTEN:

10 Traditionsloses Arbeitnehmermilieu (TLO) = 10%

Lebensziel
- Anschluss halten an die Konsum-Standards der breiten Mittelschicht (Fernseher, Videorekorder, Auto)
- Anerkannt werden, mithalten können, 'dazugehören' (Normalität und Bürgerlichkeit)
- Träume vom besonderen Leben (Geld, Luxus, Prestige)

Soziale Lage
- Geringe Formalbildung
- Überdurchschnittlich viele ungelernte und angelernte Arbeiter, hohe Arbeitslosigkeit
- Untere Einkommensschichten sind deutlich überrepräsentiert

Arbeit/Leistung
- Arbeit ist pure Notwendigkeit (Mühsal, Belastung)
- Geringe Leistungsbereitschaft aufgrund unbefriedigender Möglichkeiten im Beruf
- 'Underdog'-Bewusstsein, häufig Verbitterung, Enttäuschung und Neid Tendenz, sich zu entziehen (krankfeiern, Job wechseln)

Lebensstil
- Verdrängung der Zukunft, Konzentration auf das Hier und Heute (häufig ungenügende Daseinsfürsorge)
- Beschränkte finanzielle Möglichkeiten ('von der Hand in den Mund'), häufig lebt man über seine Verhältnisse
- Spontaner Konsumstil, rasches Aufgreifen neuer Moden und Trends

Links Neu
Grün als Orientierungsfarbe einer erneuerten Linken

von Peter Siller, Tarek Al-wazir, Klaus Müller u.a.

Das vorliegende Papier enthält den Vorschlag einer grundsätzlichen Verortung der Grünen, die wir der Partei empfehlen und für die wir streiten wollen. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Grünen ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Das grüne Wahlergebnis bei den Europawahlen von 11,9 % hat dies noch einmal deutlich gezeigt. Daraus erwächst auch eine größere gesellschaftliche Verantwortung und die Notwendigkeit eines entsprechenden Angebots an die Gesellschaft. Wir nennen dieses Angebot, diese Grundsatzorientierung „Links Neu".

Wir wissen um die Irrwege und Verbrechen in der Geschichte der Linken, und deshalb geht es uns um eine neue, um eine erneuerte Linke, in der Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie zum Zentrum gehören und in der die neuen Gerechtigkeitsherausforderungen eine entscheidende Rolle spielen. Wir wissen auch um die Schwierigkeit einer grundsätzlichen Positionierung überhaupt. Viele alte Lager- und Wertezuordnungen sind ins Wanken geraten, die Dinge mischen sich neu und die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels macht vieles unübersichtlich.

Gleichzeitig sehen wir aber, wie die Politik unter der daraus folgenden Grundsatzlosigkeit leidet und wie wenig attraktiv der daraus folgende tagespolitische Pragmatismus gerade für die jüngere politische Generation ist. Das politische System insgesamt leidet an einer kurzatmigen, nur tagespolitisch ausgerichteten Aufgeregtheit, die kurzfristig Aufmerksamkeit schafft, mittel- und langfristig jedoch zur Abwendung vieler von Politik überhaupt führen kann. Trotz des Zerfalls der klassischen Lager, den wir nicht beklagen, sind politische Zusammenschlüsse nicht ohne Bezug auf grundlegende Orientierungen tragfähig. Es gibt die Notwendigkeit, aber auch ein neues Bedürfnis nach politischen Grundsätzen, nach politischer Richtung und politischen Zielen. Ohne Strahlkraft, ohne ein gemeinsames attraktives „Gesamtprojekt", das verschiedene politische Themenfelder zusammenführt, wird es weder gelingen, die notwendige Reformkraft zu entfalten, noch wird es gelingen, Mehrheiten zu gewinnen.

Die Grünen haben mit ihrem „Berliner Programm" einen wichtigen Anfang gemacht und ein wegweisendes Grundsatzprogramm verabschiedet. Dieser Prozess darf nicht stehen bleiben. Die Partei muss weiter an ihren programmatischen Konturen arbeiten, wenn sie ihre Rolle als gesellschaftlicher Akteur erhalten und ausbauen will. Das betrifft insbesondere die jüngere Generation bei den Grünen, bei denen eine programmatische Verortung überfällig ist. Deshalb halten wir es für notwendig, jetzt eine präzisierte Grundsatzposition vorzuschlagen, aus der die Richtung, die Klammer und die Perspektive unserer Politik deutlich werden.

Das vorliegende Papier ist Grundlegung und Zwischenstand unserer Diskussion um die Orientierung grüner Politik. Wir wollen an unserer Position weiterarbeiten, sie präzisieren und vervollständigen. Und wir hoffen auf eine rege Resonanz und eine interessante Debatte, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind.

I. Auf der Suche nach einer erneuerten Linken – Gerechtigkeit und Freiheit weiterdenken

Entgegen dem Zeitgeist sagen wir: Deutschland und Europa brauchen eine erneuerte Linke, die die zentralen Fragen und neuen Herausforderungen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung aufnimmt. Die Linke kommt nur dann zurück ins Spiel, wenn sie dem konservativen und marktradikalen Gegner und sich selbst wieder etwas zumutet. Sie muss dem konservativen Hegemoniebestreben intellektuell und strategisch entgegnen, und das wird ihr nur gelingen, wenn sie ihre eigenen Positionen mit den dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen und neugewonnenen Einsichten abgleicht.

Wir brauchen eine dynamische, reformfreudige Linke. Wenn sie die Kraft zu den notwendigen Reformschritten nicht aufbringt, werden die Konservativen den Reformkurs bestimmen – in eine verheerende Richtung. Der Versuch, Gerechtigkeit und Veränderung im Rahmen von „Links Neu" zu verbinden, darf dabei kein Lippenbekenntnis bleiben. Soziale, wirtschaftliche und finanzpolitische Modernisierungsprojekte sind gerade aus Gerechtigkeitsperspektive notwendig, und deshalb braucht eine mehrheitsfähige Linke den Mut zur Modernisierung. Diesen Mut darf sie sich auch dann nicht nehmen lassen, wenn sie bei der traditionalistischen Linken aneckt und unbequem wird. Nur eine Linke, die sich nicht – sobald ihr der Wind ins Gesicht bläst – sofort wieder ins gesicherte Terrain veralteter Glaubenssätze zurückzieht, hat die Kraft zur Erneuerung.

Wenn „links sein" heißt, gesellschaftliche Realität an Gerechtigkeit und Selbstbestimmung zu messen, dann brauchen wir eine starke Linke, denn es ist richtig, an diesem Anspruch festzuhalten. Er ist der tiefere Grund unseres politischen Engagements.

Wenn es jedoch auch richtig ist, dass die Konzepte der Linken aus dem 20. Jahrhundert keine befriedigenden Antworten auf die zentralen sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind – nicht auf die der gerechten Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie, nicht auf die der gleichen Verwirklichungschancen unter den Bedingungen von Globalisierung und Postindustrialismus, nicht auf die von Gerechtigkeit und Sicherheit nach dem Zerfall der Blöcke, nicht auf die der Generationengerechtigkeit unter der Prämisse des demographischen Wandels, dann gibt es nur zwei Alternativen: weiterer Bedeutungsverlust oder Erneuerung.

Vor dieser Alternative stehen nicht nur die Linkstraditionalisten in den Parteien, sondern auch die Gewerkschaften. Nur mit dem Mut zu Modernisierung und Wandel wird es ihnen gelingen, ihre Gestaltungskraft zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Eine erneuerte Linke kann nur eine freiheitsorientierte und pluralistische Linke sein. Es geht ihr um die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen, Lebensstile und Lebensentwürfe, um Toleranz und Respekt. Selbstbestimmung für alle und die Chance, das eigene Leben zu leben, sind die Leitidee einer Linken, die sich der pluralistischen Gesellschaft verpflichtet fühlt. Eine erneuerte Linke widerspricht energisch der Vorstellung, es gäbe nur ein „gutes Leben", nach dem sich alle zu richten hätten. Eine erneuerte Linke zielt nicht auf Gleichmacherei, sondern auf gleiche Freiheit und gleiche Verwirklichungschancen für alle. Sie fühlt sich denen verpflichtet, die in ihren Verwirklichungschancen auf Grund ihrer sozialen Lage, auf

Grund bestimmter Handicaps oder aus anderen Gründen benachteiligt sind. Selbstbestimmung richtet sich gegen Obrigkeit und Paternalismus. Unfrei ist, wer „zugerichtet“ wird, diszipliniert oder unterdrückt. Der Freiheitsbegriff einer erneuerten Linken ist aber nicht bloß negativ, also durch die Abwesenheit von Repression definiert. Die Ausübung der Freiheit hat Voraussetzungen, die das Individuum nicht alleine zu schaffen vermag. Materielle Sicherheiten, Bildung oder soziale Anbindung sind Bedingungen, sind Entwicklungsressourcen für eine positiv verstandene Freiheit. Hier muss ein Staat und ein liberales Gemeinwesen dafür Sorge tragen, dass allen diese Voraussetzungen geschaffen werden.

Eine erneuerte Linke sieht sich nicht im Widerspruch zur Marktwirtschaft, sondern braucht sie, solange die sozialen und ökologischen Leitplanken definiert sind und eingehalten werden. Fairer Wettbewerb in sozialen und ökologischen Grenzen ist notwendig, denn nur er entfaltet die notwendige Dynamik, um jene Wertschöpfung zu erzielen, die erst Wohlstand für alle auf hohem Niveau ermöglichen kann. Auch ist die soziale und ökologische Marktwirtschaft diejenige Form, die am meisten Freiraum für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten schafft. Gleichwohl ist es eine enorme politische Gestaltungsaufgabe, Gerechtigkeit und reale Selbstbestimmung unter den Bedingungen von Globalisierung und eines entgrenzten Weltmarktes herzustellen. Uns besorgt die wachsende Schere zwischen Arm und Reich – global, aber auch mit Blick auf unser eigenes Land. Wir wollen Gleichheit der Verwirklichungschancen und akzeptieren Ungleichheit nur dort, wo sie auch die Schwächeren besser stellt. Eine emanzipatorische Linke hat sich schon lange von dogmatischer Kapitalismuskritik abgewendet und weiß, dass ein staatlich geplanter Wirtschaftsapparat eine große Bedrohung für die Freiheit darstellt und auch an der Verwirklichung von Gerechtigkeit scheitert. Unfreiheit kann aber auch aus der unkontrollierten Dynamik eines Marktgeschehens entstehen. Der Einzelne kann bei der Wirtschaftstätigkeit am Markt sowohl seine Freiheit ausüben als auch fremdbestimmten Zwängen ausgeliefert sein. Bezüglich der Marktwirtschaft hat eine emanzipatorische Linke also wie bei der Gerechtigkeit mehrere Perspektiven zu berücksichtigen: die Dimension der Freiheit am Markt und die Dimension der Freiheit vom Markt. Das gilt insbesondere, wenn es um den Arbeitsmarkt geht, also den Handel mit dem „eigensten“, was die Menschen „besitzen“: ihren Fähigkeiten und ihrer Lebenszeit.

Eine erneuerte Linke steht für eine Revitalisierung des Selbstverwaltungsgedankens der Kommunen. Die Grenzen im fairen Wettbewerb müssen auch die Gestaltungsfreiheit der Kommunen schützen, Dienstleistungen von wirtschaftlichem und nichtwirtschaftlichem Interesse zu erbringen, der sogenannten Daseinsvorsorge. Für die Städte und städtischen Ballungsräume, in denen ein Großteil der Bevölkerung lebt, muss auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, lokale Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger selbständig oder durch eigene Unternehmen zu erbringen, sowie deren Quantität und Qualität zu definieren. Lebensnotwendige Güter wie Wasser, Post oder Telekommunikationsdienste – aber auch ein ausreichendes Angebot an Kultur – müssen allen Menschen zur Verfügung stehen.

Eine erneuerte Linke ist eine ökologische Linke, denn in der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen liegt eine entscheidende soziale Frage der Zukunft. Ökologie ist eine Frage der Lebensbedingungen und der individuellen Lebensqualität – und damit eine zentrale Voraussetzung von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

Internationale Gerechtigkeit und eine friedliche Weltgesellschaft wird es nur geben, wenn wir das globale Energieproblem lösen. Dem Westen muss die Energiewende gelingen, Erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz müssen einen spürbaren Schub bekommen. Darin liegt auch eine enorme Chance für die Staaten im Osten und Süden unserer Erde.

Eine weitere Herausforderung einer erneuerten Linken besteht in der Beantwortung der Mobilitätsfrage. Individuelle Mobilität und Weltoffenheit sind wichtige Elemente eines selbstbestimmten Lebens. Nur wenn es uns gelingt Mobilität auf eine zukunftsfähige, ökologische Grundlage zu stellen, wird es uns gelingen, individuelle Mobilität und die natürlichen Grundlagen von Selbstbestimmung überhaupt zu erhalten und auszubauen.

Eine Aufgabe einer erneuerten Linken besteht zudem in der Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher. In Zeiten der Gentechnik, der Agrar- und Lebensmittelindustrie und komplexer Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien ist Selbstbestimmung nur möglich, wenn die Konsumenten mit starken Informationsrechten, echter Wahlfreiheit und effektivem Schutz vor Risiken und Gefahren ausgestattet sind. All diese Herausforderungen gehören von der Peripherie ins Zentrum einer erneuerten Linken, denn hier liegen entscheidende Voraussetzungen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

1. Zumutungen und Chancen

Das Konzept „Links Neu“ enthält eine doppelte Zumutung an das eigene Spektrum, und es muss sie enthalten. Es verpflichtet die Modernisierer in Partei und Gesellschaft, sich der Substanzfrage zu stellen, worin der Ertrag für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung bei ihren Reformvorschlägen liegt. Und es verpflichtet die traditionelle Linke, sich der Modernisierungsfrage zu stellen, die zwingend ist, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu beantworten. Diese doppelte Zumutung ist jedoch auch eine doppelte Chance. Denn sie bietet zum einen den Modernisierern die Möglichkeit, bestimmte Reformschritte plausibel zu erklären und damit ihr ideelles Vakuum zu füllen. Und sie bietet zum anderen Teil der traditionellen Linken die Chance, aus der Rolle der Bremser und Blockierer und damit aus der Nische zunehmender gesellschaftlicher Irrelevanz herauszukommen. Aus dieser doppelten Zumutung für Modernisierer und traditionelle Linke kann die politische Kraft erwachsen, um den Kampf mit den Konservativen um die Meinungsführerschaft zu gewinnen.

2. Rolle der Grünen

Bei dieser Erneuerung fällt den Grünen nach unserer Einschätzung eine wichtige Rolle zu. Denn viele Konzepte und Positionen, für die die Grünen auch und gerade von strukturlinker Seite Prügel bezogen haben, entpuppen sich zunehmend als zentrale Bausteine einer Linken auf der Höhe der neuen Herausforderungen und Einsichten.

Die Grünen haben mit einem neuen, erweiterten Gerechtigkeitsbegriff einen Fokus gefunden, der dem Projekt einer erneuerten Linken zu Struktur und Wirkung verhelfen kann. In den neuen Gerechtigkeitsdimensionen liegt ein entscheidender Unterschied zwischen der „alten“ und der „neuen“ Linken – die entschiedene Parteinahme für die Schwächsten, der emanzipatorische Gehalt, die Erweiterung

in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, die Einbeziehung der ökologischen Frage und die Bezugnahme auf „neue“ soziale Güter wie Bildung, Arbeit oder Partizipation. Er ist auch in unserem neuen Grundsatzprogramm festgehalten und entfaltet dort seine strukturierende Wirkung für die grüne Programmatik.

Unsere These lautet: Deutschland und Europa brauchen eine starke Linke – diese Linke wird es jedoch nur geben, wenn sie sich von Grund auf erneuert. Bei diesem Erneuerungsprozess können und müssen die Grünen eine Pionierrolle einnehmen, denn sie waren es, die von Anfang an die neuen Gerechtigkeits- und Emanzipationsfragen des anbrechenden 21. Jahrhunderts gestellt und beantwortet haben.

- Es sind die Grünen, die Freiheit und Selbstbestimmung zum festen Bestandteil von Gerechtigkeit und Sozialstaat gemacht haben. Uns geht es um die Solidarität mündiger Bürger, nicht um die Verfestigung einer entmündigenden Bürokratie. Uns geht es um gleiche Verwirklichungschancen und ein selbstbestimmtes Leben, nicht um Bevormundung.
- Die Grünen haben mit Ökologie und Umweltschutz schon sehr früh eine der zentralen sozialen Fragen der Zukunft thematisiert. Die anderen Parteien haben bis heute eine der zentralen neuen Gerechtigkeitsfragen verschlafen. Die ökologische Frage kommt dort inzwischen zwar in den Programmen vor, ist aber in deren realer Politik immer das erste Opfer.
- Die Grünen haben die sozialen Fragen von Anfang an auf der Raum- und Zeitachse verlängert. Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind zu grünen Labeln geworden. Ebenso internationale Gerechtigkeit und gerechte Globalisierung. Hier liegen zwei Kernherausforderungen einer modernen Linken, die auf der Höhe der Zeit agiert.
- Die gerechte und von der sozialen Herkunft unabhängige Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie ist ein zentrales Element grüner Politik.
- Die Grünen haben die Geschlechterfrage zu einem Gerechtigkeitsthema gemacht und damit eine entscheidende Dimension der sozialen Frage thematisiert.
- Und die Grünen haben gezeigt, wie sich Pragmatismus und Idealismus, wie sich Realismus und Substanz verbinden lassen. Sie sind weder beliebig geworden, wie wir das in Teilen der neuen Mitte, aber auch bei Regierungen mit PDS-Beteiligung beobachten konnten, noch sind sie in die Falle des Traditionalismus und der Sektiererei gelaufen. Fallen, die, wie wir wissen, für die Linke besonders attraktiv zu sein scheinen.

Jetzt kommt es darauf an, diesen programmatischen Vorsprung weiterzuentwickeln, zu verdichten und als Zentrum unseres Politikansatzes in die Gesellschaft zu geben. Denn dort entscheidet sich die Zukunft einer erneuerten Linken und nicht in Hinterzimmern.

3. Gefahr des Neokonservatismus

Wenn wir von der Gefahr des Neokonservatismus sprechen, meinen wir mehr als ihr aktuelles Zentrum, also die neokonservativen Konzepte zur Außenpolitik in den USA. Wir meinen damit jenes Zusammenspiel von staatlicher Entverantwortlichung, gesellschaftlichem Rückschritt und außenpolitischer Renationalisierung, wie wir es bei den Konservativen beobachten können.

(...) Erneuerung der Linken heißt für uns deshalb auch Erneuerung der europäischen Linken, denn die anstehenden Fragen sind für die Linke in ganz Europa relevant. Die Probleme der Linken sind dabei nicht allein tagespolitisch zu begründen. Sie haben ihre tieferen Ursachen auch in der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und in der Art und Weise, wie sich die Linke dazu verhalten hat. Wir müssen feststellen, dass die europäische Linke seit längerem keine attraktive Antwort auf die neuen Herausforderungen des postindustriellen Zeitalters hat. Die Konservativen stoßen damit in ein Vakuum aus Pragmatismus und Lethargie, das ihnen – wenn wir nicht aufpassen – eine politische und kulturelle Hegemonie bescheren könnte.

Das jedoch wäre fatal, denn die konservativen Antworten sind völlig falsch und hätten fatale Konsequenzen. Der Neokonservatismus zielt darauf, die politischen Themen aus dem Kontext der Gerechtigkeitsfrage herauszulösen und in die private Sphäre zu verbannen. Phänomene der gesellschaftlichen Modernisierung wie Individualisierung, Migration oder die Auflösung der traditionellen Familie als Wirtschafts- und Versorgungsgemeinschaft reduziert der Neokonservatismus auf individuelle Fehlentscheidungen, für deren Bewältigung Staat und Gesellschaft keine Verantwortung tragen. Ablehnung der Moderne und Überforderung durch ihre Komplexität sind der Hintergrund für die im wesentlichen auf den Abbau kollektiver Verantwortung gerichteten politischen Konzepte des Neokonservatismus: Für individualisierte und gleichzeitig hochverflochtene Gesellschaften werden Konzepte angeboten, deren scheinbarer Reiz in der Einfachheit liegt. Sie resultiert jedoch tatsächlich daraus, dass die wesentlichen Gerechtigkeitsfragen ausgeblendet werden. Eklatante Ungerechtigkeit, Entmündigung und noch mehr Unsicherheit sind das Ergebnis.

Hinter den angeblich postmateriellen Fragen wie etwa Bildung, Arbeit im Dienstleistungs- und Informationszeitalter, Partizipation oder Ökologie stecken in Wahrheit oft harte materielle Verteilungsfragen neuer Art. Uns kommt es darauf an, den Maßstab der Gerechtigkeit im Sinne gleicher Anerkennung und gleicher Verwirklichungschancen im Hinblick auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu verteidigen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn der linke Gerechtigkeitsdiskurs seinerseits neu ausgerichtet wird, denn die neuen Verteilungsfragen bleiben nicht ohne Konsequenz für den Modus und die Adressaten einer gerechtigkeitsorientierten Politik.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben noch die Hoffnung, Gerechtigkeit durch Modernisierung herstellen zu können. Wenn die Linke diese Hoffnung enttäuscht, werden die Menschen resignieren und sich mit dem Spatz in der Hand begnügen, den ihnen der Neokonservatismus vorhält: Modernisierung statt Gerechtigkeit.

4. Orientierungsschwäche der „neuen Mitte“

Auch hinter dem Schlagwort von der „neuen Mitte“ war der zumindest rhetorische Versuch zu beobachten, „Innovation und Gerechtigkeit“ zu verbinden. Es ist der Politik hinter diesem Label jedoch nicht gelungen, dieses Versprechen halbwegs einzulösen. Die Politikansatz der „neuen Mitte“ war in den Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik oft weder gerecht noch innovativ. Zunächst wurde die Frage der Gerechtigkeit ausgeklammert und ganz auf Modernisierungsrhetorik gesetzt. Als Schröder zunehmend Gegenwind aus dem eigenen Lager bekam,

besann man sich des Gegenteils und wollte plötzlich wieder „gerecht“ in einem traditionalistischen Sinne sein. Und schließlich wieder der Schwenk zur Modernisierungsrhetorik, ohne das Gerechtigkeitsanliegen entwickelt und herausgearbeitet zu haben. Vom „Genossen der Bosse“ zum „Robin Zwickel“ und wieder zurück – so hatten wir uns den „Dritten Weg“ nicht vorgestellt. Der interne Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Modernisierung wurde zu keinem Zeitpunkt erkannt: Gerechtigkeit braucht Veränderung, und Veränderung muss gerecht sein. Das ist der Zweisatz unserer grünen Vorstellung einer erneuerten Linken.

5. Gesellschaftliche Debatte statt Nabelschau
Wir wollen die Erneuerung der Linken als gesellschaftliche Debatte führen und nicht als Nischendebatte in der Partei. Nur mit diesem Anspruch haben die Grünen auch eine Chance, zum Motor und Bezugspunkt einer solchen Debatte zu werden. Verantwortliche Politik muss sich an der gesellschaftlichen Situation orientieren, an den Lebensbedingungen der Menschen, und nicht an der kleinen heilen Welt der eigenen Partei. Deshalb begreifen wir die erneuerte Linke auch nicht als Sekte, Strömung oder Flügel, sondern als den Teil der Gesellschaft, der die Leitideen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für sich reklamiert. Von der Frage, wie sich die Grünen in, gegen oder neben dieser Linken aufstellen, hängt für die Zukunft der Partei mehr ab, als manche glauben. Daran hängen das programmatische Profil, wie auch handfeste Machtoptionen.

6. Die Chance aktiv ergreifen
Mit der Strategie „Links Neu“ verbinden sich erhebliche inhaltliche wie strategische Chancen. Sie fliegt uns jedoch nicht zu, sondern sie muss aktiv ergriffen werden – als programmatische Richtung, als Kommunikationsstrategie, als strahlkräftiges Angebot an die Gesellschaft. Die Chance, „Links Neu“ zu ergreifen, wird nicht ohne Mühen abgehen, doch der Weg ist inhaltlich notwendig und strategisch sinnvoll. Das neue Grundsatzprogramm ist ein wichtiger Anfang, mit seinen Grundsäulen der erweiterten Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung, der Demokratie und der Ökologie. Jetzt gilt es, diesen Weg fortzusetzen und nicht wieder in den alten Burgfrieden zurückzufallen.

II. Eckpunkte einer erneuerten Linken – Erweiterte Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie, Demokratie

Wir beginnen mit der inhaltlichen Beschreibung von „Links Neu“, denn Strategien, Macht und Prozente sind kein Selbstzweck, sondern rechtfertigen sich nur durch berechtigte inhaltliche Anliegen.

1. Was heißt „Links Neu“?
Die von uns vorgeschlagene Option lautet, insofern an die demokratische Linke anzuknüpfen, als wir die Frage der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung als Grüne nochmals neu stellen.

Die Parteinahme für Schwächere und das Versprechen der Selbstbestimmung sind nicht nur der normative Ausgangspunkt unseres politischen Engagements, sie

sind auch das, was wir von den Grünen erwarten. Die Grünen stehen hierbei nicht mit dem Rücken zur Wand, sondern können selbstbewusst und erhobenen Hauptes agieren. Die traditionelle Linke hat es versäumt, die neuen Gerechtigkeitsfragen – Ökologie, Minderheitenschutz, demokratische Teilhabe, Generationengerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit, gerechter Zugang zu Bildung – in ausreichendem Maße zu thematisieren.

Der Einwand, der Gerechtigkeitsgedanke sei in der Parteienlandschaft zu unterscheidungsschwach, ist in doppelter Hinsicht falsch. Zum einen ist die Kategorie der Gerechtigkeit bei Liberalen und Konservativen kaum existent. Zum anderen hängt die Strahlkraft des Gerechtigkeitsgedankens ganz entscheidend von seiner Interpretation ab. Nur als interpretierter Begriff erhält er Konturen und vermag zu überzeugen. Und wir meinen, der Entwurf des Grundsatzprogramms hat hier mit dem Konzept der „Erweiterten Gerechtigkeit" eine ausgesprochen starke Interpretation anzubieten.

Wir haben einen emanzipatorischen Gerechtigkeitsbegriff, dem es um „Empowerment" und gleiche Verwirklichungschancen in sozialer Sicherheit geht. Gerechtigkeit zielt nach der grünen Programmatik auf konkrete – und nicht nur abstrakte – Chancengleichheit. Und Gerechtigkeit heißt zuallererst Parteinahme für die am schlechtesten Gestellten. Damit meinen wir nicht eine verkürzte Wahrnehmung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, in der die erworbenen Rechte des männlichen Facharbeiters auf ewig der entscheidende Maßstab für die Verwirklichung von Gerechtigkeit bleiben. Wir machen Politik für diejenigen, die ohne Unterstützung der Gesellschaft keine Chance auf Wahrnehmung ihrer Rechte, Selbstbestimmung oder eigenverantwortliche Lebensführung haben. Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende, Kinder und viele andere Menschen sind auf das politische Engagement der Grünen angewiesen. In diesem Sinn ist Gerechtigkeit kein abstrakter Gedanke, sondern politisch hochrelevant. Ein Gerechtigkeitsbegriff, der auf die sozialen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft Antwort geben will, hat notwendigerweise mehrere Dimensionen.

Stichpunkt Teilhabegerechtigkeit: Wer, wenn nicht wir, ist in der Lage, die neuen Fragen des Zugangs zu den entscheidenden gesellschaftlichen Ressourcen – Arbeit, Bildung, demokratische Teilhabe – zu stellen und zu beantworten? Stichpunkt Geschlechtergerechtigkeit: Wer, wenn nicht wir, ist willens, das immer noch uneingelöste Versprechen eines gleichberechtigten Lebens zwischen Frauen und Männern weiter zu realisieren? Stichpunkt internationale Gerechtigkeit: Wer, wenn nicht wir, hat die Möglichkeit, die Globalisierung in ihrer Ambivalenz zu erkennen und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen? Stichpunkt Generationengerechtigkeit: Wer, wenn nicht wir, berücksichtigt schon heute die Interessen der jungen und zukünftigen Generationen – in Fragen der sozialen Sicherung und der Umweltpolitik? Und schließlich Stichpunkt Umweltgerechtigkeit: Wer, wenn nicht wir, sollte das Thema Umwelt als eine harte Gerechtigkeitsfrage, eine Frage der Lebensvoraussetzungen und der Lebensqualität von heute und morgen thematisieren?

Im Zentrum unserer Politik steht die Parteinahme für die sozial Schwachen und Benachteiligten – mit all ihren verteilungspolitischen Konsequenzen. Die „neuen" Gerechtigkeitsfragen stehen nicht neben oder gar gegen die Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sie sind Verteilungsfragen, wenn auch neuer Art. Es wäre naiv zu glauben, die Frage der Teilhabe an Arbeit und Bildung, der globalen Gerechtigkeit

oder der Generationengerechtigkeit hätte keine Verteilungsdimension. Ganz im Gegenteil: Gerade hier sind erhebliche materielle Anstrengungen nötig, wenn auch mit einem anderen Ziel, nämlich der Partizipation an zentralen gesellschaftlichen Gütern.

Es kommt entscheidend darauf an, den internen Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Selbstbestimmung herauszustellen. Gerechtigkeit steht aus grüner Sicht nicht gegen Freiheit, sondern für den Gedanken gleicher Verwirklichungsmöglichkeiten. Begreift man Gerechtigkeit als gleiche reale Freiheitschancen, so wird bereits hier deutlich, wo das eigenständige Profil der grünen Partei liegt. Sowohl der sozialdemokratische Ruf nach Gerechtigkeit als auch der freidemokratische Ruf nach Freiheit greifen zu kurz. Die Grünen sind in der Lage, Gerechtigkeit und Freiheit zusammenzudenken. Gerechtigkeit zielt aus unserer Sicht nicht auf einen entmündigenden Staatspaternalismus, sondern verlangt nach realer Chancengleichheit und Selbstbestimmung. Freiheit erhält vor diesem Hintergrund eine emanzipative Stoßrichtung, die die materiellen und immateriellen Voraussetzungen von Selbstbestimmung nicht ausklammert, wie es der Laisser-faire Liberalismus der FDP tut.

Eine Partei, die es mit dem Begriff der Gerechtigkeit ernst meint, ist aufgefordert, den Verallgemeinerungsgrundsatz räumlich und zeitlich weiterzudenken. Und spätestens an den beiden Punkten der internationalen und der intergenerationellen Gerechtigkeit müsste jedem deutlich werden, worin die Eigenständigkeit des grünen Ansatzes liegt.

Gerechtigkeit heißt im grünen Kontext von jeher internationale Solidarität. Und die Grünen haben mit dem Thema Europa die historische Chance, sich zum Anwalt Europas und damit zum Anwalt einer der großen Visionen unserer Zeit zu machen.

Und Gerechtigkeit heißt im grünen Kontext mit an vorderster Stelle Generationengerechtigkeit – und auch hier liegen sowohl im sozialen wie auch im ökologischen Bereich die Themen der Zukunft vergraben. Es geht um nichts weniger als um die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und damit des Sozialstaats als solchem. Wir haben über den vorgeschlagenen Weg die Chance, die soziale Relevanz von Umweltthemen deutlich zu machen. Im angloamerikanischen Raum ist der Begriff der „environmental justice“ längst ein fester Begriff. In ihm wird deutlich, dass sich hinter der ökologischen Frage handfeste Fragen der Gerechtigkeit und Freiheit verbergen. Im Bereich ökologischer Politik geht es um die Freiheitsspielräume junger und kommender Generationen; und es geht um die sozialen Bedingungen, unter denen Menschen zu leben haben werden. Hier bekommt ökologische Politik einen anderen Zungenschlag, als in manchen „Small is beautiful“-Arien. Eine Politik der Umweltgerechtigkeit kann dabei keineswegs auf ökologische Grenzziehungen verzichten. Sie ist jedoch in der Lage, den Bürgerinnen und Bürgern plausibel zu machen, warum diese Grenzziehungen notwendig sind, indem sie positiv an den Freiheits- und Gerechtigkeitskern moderner Gesellschaften anknüpft.

Wir dürfen uns nicht zurücklehnen, sondern müssen den programmatischen Vorsprung weiter vertiefen und ausbauen. Wie verhalten sich die verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen zueinander? Welche Rolle genau spielt die Verteilungsdimension in den „alten“ und „neuen“ Gerechtigkeitsfragen? Wie bewegt sich eine Politik der Generationengerechtigkeit zwischen Haushaltskonsolidierung und

Zukunftsinvestitionen? Welche Konsequenzen haben Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit für die Lebensstandardsicherung? Was heißt es, die Ökologie als Gerechtigkeitsanliegen zu thematisieren? Das sind entscheidende Orientierungsfragen einer erneuerten, ökologischen und emanzipatorischen Linken – und die Grünen können und müssen sie beantworten. Es geht darum, das Verhältnis der verschiedenen Gerechtigkeitsdimensionen zueinander möglichst genau zu bestimmen.

Der erweiterte Gerechtigkeitsbegriff wird sich dabei der Schwierigkeit von Abwägungen nicht entziehen können. Es geht nicht überall immer nur um ein Mehr an allen Dimensionen von Gerechtigkeit, es wird auch zu Zielkonflikten kommen. Doch eine erneuerte Linke kann diese Dimensionen nicht gegeneinander ausspielen, weil sie verschiedene wichtige Aspekte der sozialen Frage benennen. Bis zu einem gewissen Grad ist dieser Gegensatz auch künstlich. Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen ohne angemessene Teilhabe an der Verteilung erwirtschafteten Wohlstandes kann schnell zum instrumentalisierten Argument für Befürworter asymmetrischer Sozialbeziehungen werden, zum „Abspeisen" mit der bloßen schulterklopfenden Anerkennung. Und jede „postmaterielle" Orientierung hat selbstverständlich starke materielle Voraussetzungen. Diese deutlich zu machen ist Aufgabe einer erneuerten Linken.

Über die Strategie „Links Neu" kann es gelingen, die ökologischen und sozialen Kernanliegen der Bündnisgrünen als „harte" Fragen zu vermitteln, die die Lebensbedingungen und die Zukunftschancen der Menschen betreffen. Man tut den grünen Schlüsselthemen keinen Gefallen, wenn man sie im Dunstkreis des klassischen Milieus belässt. Erst wenn die grünen Anliegen von den Bürgerinnen und Bürgern als ernsthafte Sorge um die Bedürfnisse und Verwirklichungsansprüche der Menschen aufgenommen werden, wird die eigentliche Reichweite des grünen Projekts sichtbar.

Es ist unübersehbar: In dem Fokus der Gerechtigkeit laufen die Themen und Anliegen grüner Politik zusammen. Aus der Gerechtigkeitsperspektive sind grüne Anliegen nicht nur postmaterialistische Wohlfühlthemen, sondern sie betreffen „harte" Zukunftsfragen. Über diese Perspektive haben die Grünen die Chance, stärker als bislang in die gesellschaftlichen Debatten einzugreifen und die gesellschaftliche Relevanz ihrer Anliegen zu vermitteln.

2. Die Alternativen

Neben unserem Vorschlag einer erneuerten, europäischen und ökologischen Linken lassen sich in der Partei mindestens vier andere Optionen feststellen, auch wenn deren Protagonisten sie in der Regel nicht explizit aussprechen. Diese Optionen bezeichnen wir als „Alles zugleich", „Radikaler Pragmatismus", „Links alt" und „Wertkonservatismus".

Option „Alles zugleich": Eine Option besteht darin, sich als Partei aus allen politischen Ideen, Weltbildern und Traditionen zu bedienen. Innerparteilicher Pluralismus ist ein hoher Wert – und eine Partei basiert am Ende immer auf Kompromissen höchst unterschiedlicher Akteure. Was uns jedoch beunruhigt ist, dass bislang eine engagierte streitbare Debatte um ein normatives Fundament für die Gesamtpartei kaum stattfindet. So wichtig Pluralismus und Meinungsvielfalt sind, so wenig dürfen die Inhalte einer Partei zu einem Bauchladen werden. Eine der größten Schwierigkeiten der Grünen ist das Phänomen der permanenten Selbstdementie-

rung. Wir reden an diesem Punkt nicht über die Pluralität grüner Themen oder die Vielfalt grüner Persönlichkeiten, sondern über das Aussenden dissonanter, widersprüchlicher Botschaften. Wir halten die These für falsch, dass die Qualität einer Partei darin liege, dass sie die „Widersprüche in der Gesellschaft repräsentiert". Parteien sind dazu da, Partei zu ergreifen. Und die Bürgerinnen und Bürger wollen von einer Partei wissen, welche Position sie zu einem bestimmten Thema einnimmt. Dem muss ein pluralistischer und lebendiger innerparteilicher Willensbildungsprozess vorausgehen, aber am Ende braucht eine attraktive Partei eine kohärente Position. Da helfen auch Leerformeln wie „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne" kaum weiter. Die grünen Wähler wollen wissen, wofür Grün steht. Statt einer Antwort bekommen sie aber oft drei. Und genau das ist das Problem. Im schlimmsten Fall vertreten Einzelne alles gleichzeitig und merken gar nicht, wie konturlos und unpointiert diese Aneinanderreihung von Bruchstücken ist. Die unterschiedlichen Grundpositionen in der Partei zu integrieren und zusammenzukitten ist harte Arbeit und eine große Leistung. Wenn wir also über praktisches Parteimanagement sprechen, ist das Zusammenhalten der verschiedenen Kräfte alternativlos und notwendig. Wenn wir aber eine Perspektivendiskussion führen, so müssen wir die Diskussion um den gemeinsamen Kern führen. „Alles gleichzeitig" – das wird auf Dauer nicht reichen.

Option „Radikaler Pragmatismus": Eine weitere Option besteht darin, den undogmatischen, unbefangenen Problemlöser zu geben. Ein beliebtes Image, gerade auch bei Jüngeren. Es ist jedoch ein „naturalistischer Fehlschluss" erster Klasse, wenn behauptet wird, man solle normativ-politische Kategorien („gerecht"/„ungerecht", „selbstbestimmt"/„paternalistisch", „links"/„rechts" etc.) einfach über Bord werfen und die „Probleme, die in der Gesellschaft vorhanden sind, unmittelbar und tabulos ansprechen". Wonach bestimmt sich eigentlich, was ein „Problem" ist? Und woraus ergibt sich eigentlich der Weg, ein Problem zu lösen? Diese Fragen lassen sich ohne ein normatives Fundament überhaupt nicht beantworten. Die Rhetorik der Problemlösung unter unmittelbarer Bezugnahme auf den „eigentlichen" Willen der Bevölkerung und der Verzicht auf normative Begrifflichkeiten und einen politischen Kompass macht Politik gegenüber den Feinden von Demokratie und Toleranz anfällig, hilflos und schwach. Diese Immunschwäche ist aber nicht nur ein Problem der Westerwelles, sie ist eine allgemeine Gefahr für die Politik. Anstatt die normative Landkarte wegzuwerfen, wollen wir sie, wo nötig, ergänzen und umschreiben. Die Orientierungslosigkeit ist ein Problem der „neuen Mitte" insgesamt. Wofür steht diese „Mitte" eigentlich? Innovation in welche Richtung? Bewahrung von was? Modernisierung in welcher Hinsicht? So wichtig es ist, bei der Wahl der politischen Instrumente offen für Neues zu sein, so naiv ist es, zu glauben, diese Unbefangenheit alleine habe schon allzu viel mit Politik zu tun. Gerade bei dem gewaltigen Projekt der Erneuerung des Sozialstaates, das in die Lebensbedingungen jedes Einzelnen eingreift, stellt sich das für eine solche Aufgabe notwendige Vertrauen der Menschen nicht von alleine ein. Auf diese Reise werden sich die Menschen nur einlassen, wenn sie das normative, politische Ziel kennen. Und wer auf die Definition dieses Zieles zu verzichten können glaubt, wird scheitern.

Die beschriebene Form des Hyper-Pragmatismus speist sich faktisch oft aus wirtschaftsliberalem Gedankengut, das sich auch gerne rein pragmatisch gebärdet, in Wahrheit aber auf einer klar beschreibbaren Theorie beruht. Der Staat wird hier in

eine Statistenrolle zurückgedrängt. Anstatt die staatliche Gestaltungsaufgabe entsprechend den gesellschaftlichen Herausforderungen neu zu justieren und neue Arrangements zu kreieren, wird simpel Entstaatlichung gefordert. Mit Sicherheit keine Option für eine Partei, der es auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ankommt.

Option „Links alt“: Eine weitere Option der Partei könnte „Back-to-the-roots“ heißen. „Schluss mit den anstrengenden Debatten um Erneuerung der Linken, gesellschaftlichen Wandel und neue Herausforderungen. Schluss mit den verwirrenden Debatten um einen neuen, komplexen Gerechtigkeitsbegriff. Schluss mit den anstrengenden Kompromissen in der Regierung.“ Die Option des Back-to-the-roots wird vor dem Hintergrund der guten grünen Wahlergebnisse keine übermäßige Kraft besitzen, aber sie steht nach wie vor im Raum, wenn vielleicht auch unter einem weniger offensichtlichen Etikett. Wir halten diesen Weg nicht nur aus strategischen Gründen für falsch, weil er die Grünen in jene Nische zurückdrängen würde, aus der sie sich mühselig herausbewegt haben. Wir halten ihn insbesondere aus inhaltlichen Gründen für falsch. Eine Linke, die dem Traditionalismus verfällt, ist zu Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart nicht in der Lage. Zu stark haben sich die gesellschaftlichen Realitäten gewandelt. Und zu stark ist auch die Verständigung darüber fortgeschritten, was die Ziele der Gerechtigkeit und der Emanzipation im Kern bedeuten. Viele grüne Debatten der letzten Jahre waren eben nicht nur dem Druck der Regierungsbeteiligung geschuldet, sondern der Einsicht in veränderte gesellschaftliche Realitäten und veränderte normative Zielsetzungen.

Option „Wertkonservatismus“: Eine Option, die bei den Grünen immer wieder aufschimmert, lässt sich wohl am besten als „wertkonservativ“ beschreiben. Diese Option scheint uns jedoch nicht nur wenig aussagekräftig, sondern sie hat darüber hinaus eine gefährliche Schlagseite. Sie ist wenig aussagekräftig, weil sie unklar lässt, welche Werte denn konserviert werden sollen. Moralphilosophie und Geschichte haben ja einiges an Werten zu bieten. Wenn damit gemeint ist, was der SPD-Linke Erhard Eppler im Kern vor 20 Jahren meinte, nämlich dass die Verteidigung der aufklärerischen Werte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eine bewahrende Dimension hat, dann ist der Begriff unproblematisch. Unser Eindruck ist jedoch, dass sich dieser Begriff zunehmend aus dem aufklärerischen Kontext herauslöst. Mit seinen Versatzstücken aus Ökologie-Primat, Zivilgesellschaft und Kulturpessimismus wird er immer mehr zur einer Variante eines „wohlfühlenden“ Konservatismus. Die Option, die sich dahinter verbirgt, ist nicht zu unterschätzen, denn sie hat für einen Teil der Partei offenkundig eine gewisse Attraktivität. Die emanzipatorischen Zugewinne der letzten Jahrzehnte, die nicht zuletzt grüner Politik zu verdanken sind, werden aus dieser Perspektive skeptisch bewertet. Die Welt – zu laut, zu bunt, zu schnell. So lautet das wertkonservative Lamento, das im ökologischen Gedanken einen vermeintlichen Verbündeten sucht. Gegen den Individualismus werden die undefinierten Begriffe vom Gemeinwohl und Gemeinsinn angeführt, die in der konservativen Begriffsgeschichte keine Unbekannten sind. Diese Begriffe sind jedoch ungenau und in ihrer Wirkung problematisch, da sie an den kollektiven Zusammenhalt appellieren, ohne das normative Ziel dieser Kollektivität offen zu legen. Hier ist das Konzept eines erweiterten, grünen Gerechtigkeitsbegriffs präziser und missbrauchsresistenter, weil es sich aus egalitären und individualistischen Wurzeln speist und diese miteinander verbindet.

Im übrigen fördert die Politik Solidarität nicht durch wertkonservative Verantwortungsappelle, sondern durch die aktive Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Bereichen wie Bildungssystem oder Arbeitswelt. Anstatt über den vermeintlichen Egoismus der Gesellschaft zu jammern und in appellativer Verantwortungsrhetorik zu versinken, muss die Politik den Verantwortungsbegriff auf ihre eigenen institutionellen Aufgaben beziehen. Zu diesen Aufgaben gehört es nicht zuletzt, die Menschen überhaupt erst in die Lage zu versetzen, Eigenverantwortung wahrnehmen zu können.

3. „Links Neu" im postindustriellen Zeitalter

Eine erneuerte Linke und eine neue Politik für soziale Gerechtigkeit muss darauf reagieren, dass sich die Bedingungen für die Verteilung von Wohlstand im postindustriellen Zeitalter drastisch verändert haben. Herkömmliche Industriearbeit wurde in den letzten Jahrzehnten in hohem Maße durch den Dienstleistungssektor ersetzt. Unter dem Druck der Globalisierung spielt wissensbasierte Arbeit eine immer größere Rolle, da Deutschland weder über Rohstoffe noch über billige Arbeitskräfte verfügt. Umweltfreundliche Technologien und Instrumente sind unter dem Druck der Umweltzerstörung und knapper Ressourcen zunehmend zu harten Wirtschaftsfaktoren geworden. Der demographische Wandel postindustrieller Gesellschaften führt zu großen Herausforderungen für den Sozialstaat. Eine erneuerte Linke muss diesen veränderten Bedingungen des Postindustrialismus Rechnung tragen, wenn sie weiterhin ihren Anspruch auf die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung aufrechterhalten will.

Wir brauchen unter den jetzigen Bedingungen von Staatsverschuldung und demographischem Wandel Wachstum, soweit es sozial und ökologisch nicht schädlich ist. Die trügerische Hoffnung auf klassisches industrielles Wachstum darf aber nicht weiterhin notwendige Strukturreformen ersetzen. Dies gilt umso mehr, wenn man den demographischen Wandel unserer Gesellschaft einbezieht. Die Finanzierung sozialer Sicherheit kann nicht mehr nur an der abhängigen Beschäftigung anknüpfen, sondern muss andere Erwerbsmöglichkeiten und Einkommen einbeziehen. Gleichzeitig gibt es ein Bedürfnis nach kollektiver sozialer Absicherung jenseits der abhängig Beschäftigten, etwa bei Selbständigen oder Menschen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit ohne Bezahlung verrichten. Früher eher randständige Risikolagen sind mittlerweile so verbreitet und so folgenreich für den Einzelnen, dass eine Neujustierung des Sozialstaats dringend erforderlich ist: Das betrifft insbesondere, das Risiko einer Erwerbsbiographie mit Phasen der Arbeitslosigkeit oder Teilzeitarbeit, die den Aufbau einer Altersvorsorge aus eigener Kraft nicht mehr zulässt, das Risiko der Alleinerziehung, das Risiko unzureichender oder veralteter Qualifikation oder das Risiko eines Scheiterns beim Sprung in die Selbständigkeit. Die Modernisierung des Sozialstaates kann deshalb nicht seinen Rückzug bedeuten. (...)

Wir müssen entlang unseres Gerechtigkeitsbegriffs eine Entscheidung treffen, welche der bisher kollektiv abgesicherten Risiken in Zukunft der Einzelne zu tragen hat und welche individuellen Risiken künftig mehr Unterstützung erfahren müssen. Bislang orientieren sich die sozialen Sicherungssysteme am Ziel der Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Diese Zielsetzung war allenfalls so lange gerecht, als die Angewiesenheit auf Sozialleistungen als Ausnahmefall von der Regel lebens-

langer Beschäftigung betrachtet werden konnte. Diese Lebensstandardsicherung, die ja bisher den erfolgreichen Zugang zum Arbeitsmarkt voraussetzt, verkehrt sich jedoch dann zu einer Ungerechtigkeit, wenn sie zum teuren Privileg einiger weniger wird, das die Verbesserung der Zugangschancen vieler anderer verhindert. Eine gerechte Verteilung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt lässt sich deshalb nur erreichen, wenn die Sozialsysteme weniger Verantwortung für die Sicherung des einmal erreichten Lebensstandards übernehmen, um stattdessen dem Einzelnen bei der Bewältigung des Risikos dauerhafter Abkopplung vom Arbeitsmarkt und von existenzieller sozialer Sicherung mehr unter die Arme zu greifen. (...)

4. Parteinahme für die Schwachen

Parteien sind nach unserem Anspruch keine Interessengruppen, sondern haben die Aufgabe, einzelne Interessen mit Blick auf Gerechtigkeit und Fairness zu transformieren. Diese Transformation ist nicht einfach die Moderation verschiedener Interessen, sondern das Geltendmachen des ureigenen Anspruchs der politischen Sphäre, Gerechtigkeit und Fairness herzustellen. Deshalb sind die zahlreichen Kommissionen, Räte und Konsensrunden zumindest problematisch, da sie Gefahr laufen, der Politik das Bewusstsein für ihre eigene Gestaltungsaufgabe zu nehmen.

Auch wenn es faktisch oft anders ist: Die Parteien sollten ihren Streit nicht als Streit zwischen unterschiedlichen Interessengruppen, denen sie sich verpflichtet fühlen, begreifen, sondern als Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Konzeptionen von Gerechtigkeit und Gemeinwohl. Hier gibt es erhebliche Unterschiede, und es wäre wichtig, diese herauszuarbeiten.

Eine der ganz entscheidenden Aufgaben, wahrscheinlich die entscheidende überhaupt, ist es, die Interessen ans Tageslicht zu bringen und zu unterstützen, die keine Lobby haben. Parteinahme für die Schwächsten: Das ist wahrscheinlich der tiefste Grund, aus dem wir unsere politische Kraft und unseren politischen Idealismus beziehen. Wer sich nicht artikulieren kann, fällt sonst von vornherein aus Gerechtigkeitsüberlegungen heraus. Orientierung an den Schwächsten: Das ist die Essenz des neuen grünen Grundsatzprogramms, das in dem politischen Philosophen John Rawls einen Vordenker findet. Hier haben die Grünen eine ganz besondere Rolle, denn ihre Politik wendet sich genau an diese Gruppen.

Vor dem Hintergrund dieser Gestaltungsaufgabe von Politik und Staat ist der pauschale Ruf nach „Weniger Staat“ und „Deregulierung“ nicht akzeptabel. Es geht vielmehr um eine neue Aufgabenbeschreibung des Staates vor dem Hintergrund einer völlig veränderten gesellschaftlichen Lage: Demographischer Wandel, Globalisierung, Migration, Individualisierung, Digitalisierung sind hier entscheidende Stichpunkte. Dabei geht es nicht einfach um „weniger“ vs. „mehr“ Staat, sondern um neue Balancen und Arrangements.

So ist es beispielsweise auffällig, dass die beiden großen realisierten Reformprojekte in der Sozialpolitik, Riester-Rente und Hartz-Reform, beide einerseits eine Flexibilisierungs- und Eigenverantwortungs-Komponente haben, anderseits aber stark auf staatliche Hilfestellungen und staatliche Mittel angewiesen sind. Empowerment und Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger braucht in bestimmten Hinsichten einen starken, aktiven Staat.

Wir lehnen es ebenso ab, wenn das Schlagwort von „mehr Eigenverantwortung“ ausschließlich verwendet wird, um die finanzielle Vorsorge für bestimmte Risiken

von der Solidargemeinschaft auf den Einzelnen zu übertragen, der Staat jedoch gleichzeitig die reale Entscheidungsfreiheit dieses so belasteten Einzelnen noch weiter beschneidet als bisher. Durch neue Erwerbsformen und unbeständigere Berufskarrieren wird die Berufswahl zu einem immer größeren Risiko. Gelegentliche Erwerbslosigkeit wird oft zur Regel. Staat und die sozialen Sicherungssysteme können den Wohlstand nur noch begrenzt umverteilen, sondern stellen eine Grundsicherung für alle Lebenslagen zur Verfügung. Wenn mehr Eigenverantwortung die Drohung des neuen Sozialstaats sind, dann ist ein mehr an realer Selbstbestimmung das Versprechen, dass er einlösen muss. Weniger Sicherheit muss einhergehen mit mehr eigener und realer Entscheidungsmacht des Einzelnen, und zwar nicht nur dort, wo dies dem Staat in den Kram passt.

5. Offenheit für andere politische Traditionen

Wir sind uns bewusst, dass wir mit tradierten politischen Begrifflichkeiten – zu denen auch das Begriffspaar links/rechts gehört – vorsichtig umgehen sollten, da sie nur noch begrenzt taugen und auch früher nur begrenzt getaugt haben. Wir wissen aber auch, dass wir trotz dieser Probleme nicht umhinkommen, für uns eine nachvollziehbare normative Position zu bestimmen. Dazu taugen weder ein unkoordiniertes Nebeneinanderstellen der unterschiedlichen politischen Traditionen noch blinder Pragmatismus, weder linker Traditionalismus noch kulturpessimistischer Wertkonservatismus.

Eine erneuerte, lernfähige Linke ist keine Linke, die sich aggressiv von anderen aufklärerischen Traditionen absetzt. Im Gegenteil: Sie nimmt den Pathos von Selbstbestimmung und Pluralismus, Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit des politischen Liberalismus ebenso in sich auf wie die wertkonservative Idee der Verteidigung von Menschenwürde und Solidarität gegen ökonomische oder technokratische Zugriffe. Erneuerung der Linken heißt auch, Brücken zu bauen in verschiedene politische Milieus und Weltanschauungen, ohne dabei beliebig zu werden. (...)

Was meinen wir, wenn wir sagen, die Grünen sind keine konservative Partei, sondern die einer erneuerten Linken? Wenn „konservativ" die bloße formale Beweislastregel meint, dass man das Vorhandene bewahren sollte, solange man nicht starke Gründe für eine Veränderung hat, dann scheint uns das zwar auch nicht plausibel, aber in jedem Fall keine sinnvolle Trennlinie. Es ist völlig klar, dass wir als freiheitsorientierte Linke nicht nur die überlebenswichtige Umwelt, sondern etwa auch die zentralen Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates und des demokratischen Sozialstaates bewahren wollen. Insofern hat eine moderne Linke selbstverständlich konservative Elemente. Genauso gut wissen wir, dass wir in vielen Bereichen mutige reformerische Veränderungen brauchen, gerade um diese Errungenschaften vor dem Hintergrund dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen bewahren und verteidigen zu können.

Die Konservative, auf die wir uns kritisch beziehen, ist nicht eine formal, sondern eine inhaltlich bestimmte. Denn der Neokonservatismus, wie er sich momentan abzeichnet, ist nicht durch die genannte formale Beweislastregel gekennzeichnet. Ihm geht es vielmehr um die aktive Durchsetzung bestimmter inhaltlicher Ziele und Gesellschaftsvorstellungen – und das oftmals in aggressiver Abwendung von der vorhandenen Sozial- und Rechtsstaatssubstanz. Ellenbogenmentalität statt Soli-

darität, gemeinschaftliche Bevormundung statt Selbstbestimmung, Renationalisierung statt Weltoffenheit – das ist die Agenda des Neokonservatismus. (...)

6. Neue Herausforderungen

Eine erneuerte Linke muss die Augen öffnen für den dramatischen gesellschaftlichen und globalen Wandel der letzten Jahrzehnte. Globalisierung, Individualisierung, Digitalisierung, Demographischer Wandel, Migration und Klimawandel sind nur einige der Stichpunkte, die die tiefgreifende Transformation beschreiben. Dieser Wandel macht neue Ansätze und neue Instrumente notwendig, um dem Anspruch auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung auch tatsächlich gerecht zu werden. (...)

III. Strategie einer erneuerten Linken – Potentiale, Perspektiven, Bündnisoptionen

Die Option „Links Neu" besticht nicht nur durch ihre inhaltliche Ausrichtung, sie ist auch strategisch überzeugend. Die Grünen können im Moment auf beachtliche Umfragewerte und Wahlergebnisse verweisen. Bei den Europawahlen haben wir uns mit 11,9 % als starke dritte Kraft etabliert und lagen gerade in vielen Städten vor der SPD. Auch im Osten haben wir Zuwächse erzielt. Gleichzeitig hat die SPD einen historischen Tiefstand erreicht, von dem sie sich nun langsam erholt. Die Grünen sind jedoch gut beraten, sich von der aktuellen Konstellation nicht blenden zu lassen. Die guten Ergebnisse der Grünen liegen nicht nur an eigener konzeptioneller Stärke, sondern auch daran, dass sie für die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung nicht in dem Maße haftbar gemacht werden, wie dies bei den Sozialdemokraten der Fall ist. Das „postmaterialistische" Milieu der Grünen kommt mit den Reformen auf diesen Gebieten besser klar als das Arbeiter- und Angestelltenmilieu der SPD.

Die SPD steckt – wie die Sozialdemokratie in anderen europäischen Ländern auch – in einer tiefen Orientierungskrise. Diese Orientierungskrise hat personelle Gründe, sie beruht aber noch viel mehr auf einer tiefgreifenden programmatisch-strategischen Verunsicherung. Anstatt die Linke an die Zukunftsfragen heranzuführen, schwankt sie hilflos zwischen blinder Modernisierung und strukturlinkem Traditionalismus, zwischen neuer Mitte und alter Linken. Das zeigt sich auch daran, dass Schröder und die SPD die bestehende Koalition kaum als gemeinsames rot-grünes Reformprojekt konzipiert, empfunden und kommuniziert haben.

Trotz der aktuellen Umfragewerte besteht eines der größten Probleme der Grünen nach wie vor in ihrer „geringen Fallhöhe". Eine kleine Partei ist bei personellen Veränderungen und konzeptionellen Umbrüchen in einem Dilemma. Der zeitweilige Zustimmungsverlust, den programmatische oder personelle Erneuerungsphasen fast zwangsläufig mit sich bringen, verbindet sich bei einer Partei dieser Gewichtsklasse fast automatisch mit der Gefahr des Abrutschens unter die 5 %-Hürde. Die Grünen müssen deshalb ihren Wählersockel auf höherem Niveau stabilisieren, müssen den Abstand zum Boden erhöhen, wenn sie sich als Reformkraft verstetigen wollen. Dabei muss man nicht in Zahlen-Harakiri eintreten und eine konkrete Prozentzahl anpeilen. Vielmehr ist es von entscheidender Bedeutung, dass

jede Zahl mit einem inhaltlichen „Weil“ zu verbinden ist, anstatt sie wie die FDP zum Selbstzweck zu machen. Dieses „Weil“ ist aus unserer Sicht mit der Grundorientierung einer erneuerten Linken entlang Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Ökologie und Demokratie aufzufüllen.

Die Option „Links Neu“ ist der Schlüssel für die strategische Herausforderung, auf der Grundlage unserer programmatischen Überzeugungen eine Verstetigung auf höherem Niveau zu erreichen. Wenn die Grünen die Orientierungsrolle einer erneuerten deutschen und europäischen Linken annehmen würden, besteht die begründete Aussicht auf Stimmenzuwächsen aus bislang unerreichten linksliberalen Milieus, von progressiven Linken, von Nichtwählern, aber auch aus dem progressiven Bürgertum, das über die Mehrheitsfähigkeit einer erneuerten Linken mit entscheidet.

Gewinnen können wir über diesen Weg nicht die frustrierten Traditionalisten, wohl aber jene, die auf der Suche nach einer zukunftsfähigen, modernen Linken sind. Dabei wächst die Verunsicherung auch bei den traditionellen Linken, ob die alten Weisheiten noch stimmen. Für all die ist die Strategie „Links Neu“ zwar eine Zumutung, die perspektivisch jedoch eine gewisse Anzugskraft entfalten könnte. (...)

1. Vertrauen und Selbstvertrauen

Als kleiner Partei fehlt uns oft noch das Vertrauen von Teilen der Gesellschaft, und vielleicht auch das Selbstvertrauen, die große Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit umfassend anzugehen und zu beantworten. Das Projekt der gerechten Modernisierung in höchst unsicheren Zeiten greift tief in die Lebensbedingungen jedes einzelnen ein und ist auf das Vertrauen der Menschen fundamental angewiesen. Durch den Ansatz „Links Neu“ können wir jenes konzeptionelle Selbstvertrauen erlangen, durch dass wir auch das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Reformvorschläge noch mehr gewinnen, als bislang.

Beim Werben um dieses Vertrauen reicht nicht, unsere eigenen Widersprüche und Ratlosigkeiten hinter dem Rücken der Sozialdemokraten zu verstecken, gelegentlich für bestimmte Zielgruppen den einen oder anderen Vorteil herauszuverhandeln und ansonsten die Verantwortung für das sozialpolitische Projekt der Linken dem größeren Partner zu überlassen. Die Tendenz, den Kopf einzuziehen, während die Sozialdemokraten ihre Überforderung in der Reformdiskussion zur Schau stellen, hat bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Thüringen zwar zusätzliche Gewinne ermöglicht. Rot-Grün insgesamt hat jedoch weiter verloren. Das Ergebnis dieser Landtagswahlen verweist deshalb gleichzeitig auf die Gefahr, die eine Strategie der Beschränkung auf „urgrüne Themen“ birgt: Die Grünen können sich je nach Bundesland und Zustand der SPD auf Ergebnisse zwischen 5 und 12 Prozent freuen, während die CDU regiert. Wenn wir uns in diese Sackgasse begeben, hat kein grünes Thema mehr die Chance auf Verwirklichung, auch nicht die „urgrünen“.

2. Zukunft Ostdeutschland

Die Stärkung der Bündnisgrünen in Ostdeutschland ist von elementarer Bedeutung für eine Erhöhung des grünen Wählerniveaus. Bei den Landtagswahlen in Thüringen konnten wir unser Ergebnis mehr als verdoppeln und verpassten nur knapp den

Einzug in den Landtag. Der Einzug der Grünen in den sächsischen Landtag war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Die Zukunft der Grünen entscheidet sich auch im Osten – und hier kann die Option „Links Neu“ Türen aufstoßen. Dabei kommt eine lernfähige, freiheitsorientierte Linke überhaupt nicht umhin, die Anliegen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung in ihren Kernbestand aufzunehmen. Außerdem eröffnet „Links Neu“ einen neuen, aussichtsreichen Weg der Vermittlung grüner Themen im Osten als ernsthafte soziale Anliegen. Das Bild der Grünen als Partei der „weichen“ und rein „postmaterialistischen“ Themen ist schon in Bezug auf den Westen falsch, in Bezug auf den Osten ist es fatal. Was wir im Moment nicht nur, aber gerade im Osten erleben, sind gravierende soziale Verwerfungen, bei denen es im Kern um gesellschaftlichen Teilhabe und Ausschluss geht. Wenn sich die grüne Partei als politische Kraft in diesen Auseinandersetzungen Gehör verschaffen will, dann muss sie deutlich machen, dass sie eine Antwort auf die neuen sozialen Fragen hat, die die Menschen in Ost und West umtreiben. Eben dies zu verdeutlich steht im Zentrum von „Links Neu“. Die Hochwasserkatastrophe hat gezeigt, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen eine „harte“ soziale Frage betrifft – und zwar nicht erst übermorgen, sondern schon heute. Die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat gezeigt, dass grüne Wege der Arbeitspolitik keine Träumerei sind, sondern eine harte Notwendigkeit bei der Arbeitslosigkeitsbekämpfung. Pisa hat gezeigt, dass die grüne Forderung nach dem gerechten Zugang zu Bildung keine Luxusfrage betrifft, sondern eine „harte“ Zukunftsfrage.

3. Bündnisoptionen

Wenn es uns gelingt, als Vordenker und Motor einer erneuerten europäischen Linken zu programmatischer Identität und Selbstbewusstsein zu finden, stellt sich aus unserer Sicht auch die Frage zukünftiger Koalitionsoptionen anders dar. Als gestärkte Partei der modernen Linken werden wir den Konservativen mit einem klaren eigenständigen Profil stark und selbstbewusst gegenübertreten. Dann wäre es eine strategische Frage entlang klar definierter Kriterien, ob eine Koalition unsere Anliegen nach vorne bringt oder nicht. Unsere Sorge im Moment ist, dass manche in der Partei mit Schwarz-Grün deshalb sympathisieren, weil sie eine weltanschauliche Gemeinsamkeit im Rahmen des Wertkonservatismus unterstellen oder sich einem blinden Pragmatismus verschrieben haben, bei dem Koalitionen nur noch den Charakter von Mehrheitsbeschaffung haben. Dem erteilen wir eine inhaltliche wie strategische Absage. Weder sehen wir einen sozialen und emanzipatorischen Grundkonsens mit den Konservativen, noch glauben wir, dass uns diese Form der Anpassung in eine starke und durchsetzungsfähige Verhandlungsposition bringt. Multioptionalität besteht vielmehr gerade auf der Grundlage einer eigenständigen Position mit klaren Kanten, und nicht auf der Basis von Annäherung oder Affirmation.

4. Die Erneuerung jetzt beginnen

„Links Neu“ ist ein Stoff, an dem sich die Grünen abarbeiten und mit dem sie wachsen können. Diesen Stoff braucht gerade die junge Generation, wenn sie aus der derzeitigen „Tristesse Royale“ herauskommen möchte. Aus ihm können Politikerinnen und Politiker mit Anliegen und Charisma erwachsen – Akteure, die die Grünen in der nächsten und übernächsten Generation dringend brauchen werden. Wir

müssen in den entscheidenden Politikfeldern aus dem Kleinteiligen herauskommen und größere Linien zeichnen, um eine substanzielle und strahlkräftige Politik beschreiben zu können. Wir haben mit dem erweiterten, grünen Gerechtigkeitsbegriff eine hervorragende Klammer, die inhaltlich wie strategisch viel Potenzial hat. Wir haben mit dem Anspruch einer erneuerten, europäischen und ökologischen Linken ein Projekt, das weit über uns Grüne hinausreicht und unseren gesellschaftlichen Anspruch auf lange Sicht deutlich macht.

Autorinnen und Autoren

Ralf Fücks ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Heiko Geiling ist Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.

Hubert Kleinert ist Professor an der Fachhochschule für Verwaltung in Wiesbaden.

Rita Müller-Hilmer ist Bereichsleiterin bei TNS Infra-Test Sozialforschung, Büro Berlin.

Peter Siller ist Mitglied des Planungsstabs im Auswärtigen Amt und geschäftsführender Vorsitzender der Grünen Grundsatzkommission.